
Universität Wien
Institut für Politikwissenschaften

Forschungspraktikum/Seminar

Kriege im 21. Jahrhundert

Lehrveranstaltungsleiterin:
Univ.-Prof. Dr. Hannelore Eva KREISKY
Ass. Mag. Saskia STACHOWITSCH

Sommersemester 2004

Forschungsbericht

zum Thema:

Die bestimmende Rolle der USA im Irakkrieg

vorgelegt von:

Gruppe 5a/Akteure Irak

Andreas HUSSAK, 9848276, A-300
Hans KOROSCHETZ, 6900205, A-300
Clemens PLASSER, 0106923, A-300
Thomas M. STRAU, 0007153, A-300
thomas.strau@gmx.at

Juli – September 2004

Inhaltsverzeichnis

Lehrveranstaltungsleiterin:.....	1
Univ.-Prof. Dr. Hannelore Eva KREISKY.....	1
Ass. Mag. Saskia STACHOWITSCH.....	1
Forschungsbericht.....	1
Gruppe 5a/Akteure Irak.....	1
3.1 Die bestimmende Rolle der USA im Irakkrieg.....	4
3.1.1 Einleitung.....	4
3.1.1.1 Allgemeines.....	4
3.1.1.2 Politologische Standortbestimmung.....	5
3.1.1.3 Forschungsleitendes Interesse.....	5
3.1.1.4 Persönliches Interesse.....	6
3.1.1.5 Theoretische Basis.....	6
3.1.1.6 Angewandte Methode.....	8
3.1.2 Begriffsbestimmungen und theoretische Grundlagen.....	9
3.1.2.1 Arbeitsdefinition „Akteure“.....	9
Personen oder Gruppen von Personen oder Institutionen, die in der Politik planen und handeln (= handeln in politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und militärischen Bereichen).....	9
3.1.2.2 Politik.....	9
3.1.2.3 Demokratisierung.....	10
3.1.2.4 Bush-Doctrine.....	10
3.1.3 Akteur USA.....	10
3.1.3.1 Fokussierung.....	10
3.1.3.2 Wer bestimmt das Handeln der USA?.....	11
Identifikation der politisch bestimmenden Kräfte in den USA.....	11
Die Machtzentren der US-Politik.....	12
3.1.4 Die Politik der Bush-Administration im Kampf gegen den Terror.....	19
3.1.4.1 Der Beginn: Afghanistanblitzkrieg (operation enduring freedom)	19
3.1.4.2 Zwischenschritte der Bush-Administration zur Ausweitung der Einflussnahme.....	22
USA Patriot Act of 2001.....	22
Domestic Security Enhancement Act of 2003.....	23
Die Achse des Bösen.....	23
National Security Strategy.....	24
Homeland Security Act.....	24
3.1.4.3 Der Irakkrieg: Unilateralismus oder Multilateralismus, Operation shock & awe.....	25
Einleitung.....	25
Unilateralismus oder Multilateralismus?.....	25
Operation „Shock and Awe“.....	26
3.1.5 Wirtschaftliche Interessen und ihr Einfluss auf die Politik.....	27
3.1.5.1 Einleitende Bemerkung.....	27
3.1.5.2 Die Rolle der USA in der Weltwirtschaft.....	27
3.1.5.3 Das Ringen um Rohstoffe und Märkte.....	28
3.1.5.4 Der militärisch-industrielle Komplex: Mythos oder Realität?.....	29
Exkurs: The Carlyle Group.....	29
3.1.5.5 Krieg um Öl?.....	30
3.1.5.6 Abschließende Bemerkung.....	31
3.1.6 Die Internationalen Organisationen.....	31
3.1.6.1 Die Vereinten Nationen.....	32
3.1.6.2 Die Europäische Union.....	33

3.1.6.3 NGO's.....	35
3.1.7 Die Medien als „Vierte Gewalt“	35
3.1.7.1 Medien als Meinungsbildner und -verstärker.....	35
3.1.7.2 Medienanalyse österreichischer Printmedien.....	36
3.1.7.3 Zusammenfassung des Experteninterviews.....	40
Kernaussagen im Interview.....	40
Buchanalyse.....	42
Rückschlüsse auf die theoretische Basis.....	44
3.1.8 Conclusio/Zusammenfassung.....	45
3.1.8.1 Demokratisierung und Stabilisierung im Irak?.....	45
3.1.8.2 Krieg gegen den Terror?.....	46
3.1.8.3 Öl und Macht?.....	46
3.1.9 Literaturverzeichnis.....	48
3.1.9.1 Bücher.....	48
3.1.9.2 Zeitschriftenartikel.....	51
3.1.9.3 Internetquellen.....	52
3.1.10 Annex und weiterführende Materialien.....	56
3.1.10.1 Transkription des Experteninterviews mit Dr. Peter Pilz.....	56
3.1.10.2 Zusammenfassung des Vortrags von Michael Mann.....	61

3.1 Die bestimmende Rolle der USA im Irakkrieg

Sprachliche Gleichbehandlung:

Die in dieser Seminararbeit verwendeten personenbezogenen Ausdrücke betreffen, soweit dies inhaltlich in Betracht kommt, Frauen und Männer gleichermaßen.

3.1.1 Einleitung

3.1.1.1 Allgemeines

Die Entscheidung der USA aktiv in die Machtverhältnisse im Irak einzugreifen, destabilisiert nicht nur die Region, sondern fordert auch den Widerstand der arabischen und muslimischen Welt gegen den Westen heraus. Der Krieg gegen den Irak wurde gegen die überwiegende Mehrheit der in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten und unter Vorspiegelung eines zumindest übertriebenen, wenn nicht falschen Bedrohungsbildes von der Bush-Administration durchgesetzt.

Mit der Begründung durch diesen Krieg sowohl das irakische Volk aus dem Joch eines brutalen Diktators zu befreien und eine Demokratisierung der Region herbeizuführen, als auch die Sicherheit der USA vor Terroranschlägen mit atomaren, chemischen und biologischen Kampfmitteln irakischer Herkunft zu erhöhen, stellt die Bush-Administration die internationalen Beziehungen auf eine völlig neue Basis. Ihre derzeitige Außenpolitik beruht auf dem politischen Realismus, ihre Strategie ist die Kampfansage an alle Staaten oder terroristische Gruppierungen die Amerikas Sicherheit bedrohen und die gewählte Taktik des Aufbaus einer „Koalition der Willigen“ (ein schönes Wort für „Koalition der Wenigen“) kaschiert die Bereitschaft der Regierung zu einem neuen amerikanischen Unilateralismus nur ungenügend.

Den anscheinenden Widerspruch, der sich aus der wertfreien Realismustheorie der internationalen Beziehungen (Staaten sind *black boxes*, sind nicht gut oder böse) und der Rhetorik der Bush-Administration (z.B. *axis of evil*) ergibt, erklärt John Mearsheimer (US-Politologe, Vertreter des offensiven Neorealismus: „We act according to the dictates of realpolitik, but we justify our policies in terms of liberal ideologies“),

<http://globetrotter.berkeley.edu/people2/Mearsheimer/mearsheimer-con4.html> (22 08 04)) durch den Einsatz von *spin-doctors*, durch deren linguistischer „Hilfestellung“ einer vorwiegend liberal, idealistisch gesinnten amerikanischen Öffentlichkeit die im Grunde pessimistische realistische Außenpolitik der Regierung im Mäntelchen einer liberalen Ideologie präsentiert wird und somit leichter akzeptierbar gemacht wird.

Aufgrund der gegenwärtig unvorhersehbaren Lageentwicklung im Krisengebiet nimmt die Betrachtung und Analyse von aktiven und passiven US-Akteuren im Irakkrieg eine besonders bedeutsame Stellung ein, da sich durch die gesetzten Maßnahmen der Bush-Administration einerseits eine völlig neue Sichtweise in der Pflege der Internationalen Beziehungen ergeben hat und andererseits erstmals eine gänzlich neue Art der Kriegsführung (weniger reguläre Truppen, Einsatz von neuester Informationstechnologie in Verbindung mit Hochtechnologiewaffen (RMA = Revolution in Military Affairs), Zusammenarbeit mit CIA Spezialgruppen und privaten Schutzdiensten) angewendet wurde.

3.1.1.2 Politologische Standortbestimmung

Araber und Muslime in ihrer Gesamtheit lehnen die militärische Einmischung sowohl der USA und der so genannten „Koalition der Willigen“ sowie die Einflussnahme der moderaten europäischen Länder gleichsam ab. Vor allem aus der Sicht der Araber sind eine dauerhafte massive Militärpräsenz auf der arabischen Halbinsel und die versuchte und gewollte „Verwestlichung“ der Ökonomie nicht mit deren traditionellen und kulturellen Grundwerten vereinbar.

3.1.1.3 Forschungsleitendes Interesse

Aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, wie auch militärischen Indikatoren, welche die internationalen Beziehungen, wie sie bisher gekannt wurden, auf eine völlig neue Grundlage stellen, versucht unsere Gruppe zu analysieren, warum es zu dieser „aktiven Einmischungspolitik“ seitens der USA, abseits völkerrechtlicher Konventionen gekommen ist. Dies führt zur zentralen Forschungsfrage:

Ist die militärische Intervention der USA im Irak als eine für die Region gedachte Befreiungs- und Demokratisierungsbestrebung anzusehen?

Ist diese Art der „aktiven Einmischungspolitik“ das erste Anzeichen für eine umfassend geplante Wende der amerikanischen Außenpolitik in Richtung einer Hegemonialpolitik im Nahen Osten?

Auf dieser Grundlage formulierten wir die dazugehörigen Thesen wie folgt:

- *Die dem Krieg zugrunde liegende Absicht war nur vordergründig die Demokratisierung und Stabilisierung des Irak. Wirkliches Ziel war die Festigung des amerikanischen Einflusses in*

der Region „Naher Osten“.

- *Der Irakkrieg war aus Sicht der Bush-Administration als logische Konsequenz amerikanisch-neorealistischer Machtpolitik unabdingbar; ermöglicht wurde er im Windschatten des „Krieges gegen den Terror“.*
- *Die Vormachtstellung der US-Wirtschaft und der ungehinderte Zugang zu den größten Ölreserven der Welt im arabischen Raum werden durch die Militäraktion im Irak gesichert.*

3.1.1.4 Persönliches Interesse

Die Autoren befassen und befassten sich im Rahmen ihres Diplomstudiums der Politikwissenschaften intensiv mit Themenstellungen der Internationalen Beziehungen – wie etwa der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik, der Rüstungspolitik sowie dem Themenkomplex der „Neuen Kriege“ und mit dem „Kampf gegen den Terror“.

3.1.1.5 Theoretische Basis

Der vorliegenden Arbeit liegt als theoretische Basis der realistische Ansatz **Hans Morgenthau** (Politics Among Nations, 1948) zugrunde, da er die Handlungsweisen der einzelnen Akteure unserer Ansicht nach umfassend zu erklären scheint. Da die Vertreter der klassischen Realismustheorie davon ausgehen, dass

- Staaten die einzig bedeutenden Akteure in den Internationalen Beziehungen sind,
- in Abwesenheit einer Weltregierung Staaten aus Selbsthilfegründen immer kriegsbereit sein müssen,
- „Macht“ nicht nur Mittel zum Zwecke, sondern vor allem Selbstzweck ist,
- Internationale Beziehungen in erster Linie „Arenen“ für Konflikte, nicht für Kooperationen sind,
- die Gründe für all dies in der menschlichen Natur, die im Prinzip nicht wandelbar ist, liegen,
- und nach Morgenthau jeder Politiker unverantwortlich handelt, der oben stehende Punkte nicht ernst nimmt (Morgenthau 1985).

Der *klassische Realismus* spannt somit den Bogen von Thukydides über Niccolò Machiavelli bis zu Carl von Clausewitz.

Unmittelbar vor dem Irakkrieg vergleicht Joseph S. Nye (Nye 2003) die USA mit früheren Hegemonialmächten wie Rom, Spanien, Frankreich, Niederlande und Großbritannien.

Im Zeitalter der *Globalisierung* und *Information-Revolution* können die USA nur im *Verbund mit Gleichgesinnten* überleben. Für Nye ist der Einsatz von *soft power* (sozio-ökonomisch, kulturell) besser, als der von *hard power* (militärisch-wirtschaftlich). Ermöglicht wird dies durch die 3. Industrielle Revolution, der Nutzung der Informationstechnologie. (Im Zeitraum von 1970-1990 nahm die Anzahl der NGO's von 2000 auf 27.000 zu, verbunden mit wachsendem Einfluss derselben aufgrund der Massennutzung des Mediums Internet).

Dies macht nach Nye eine Redefinition nationaler Interessen notwendig, die sich anhand der folgend angeführten Eckpunkte determinieren lassen:

- Aufrechterhaltung nationaler Machtbalance in *wichtigen Regionen*
- Förderung einer offenen Wirtschaft
- Bewahrung internationaler Gemeinsamkeiten
- Aufrechterhaltung internationaler Regeln und Institutionen
- Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung
- Handeln als Initiator von Koalitionen und Mediator bei Streitfällen

Nye votiert für die Einbindung der USA in multilaterale Strukturen, welche die Bewegungsfreiheit zwar kurzfristig einschränken, langfristig jedoch US-Interessen dienen, da andere Staaten ebenso eingebunden sind.

Um wie das Rom der Antike oder später Großbritannien erfolgreich in die Geschichte einzugehen, müssten die USA ihre heutige überlegene Macht erfolgreich in einen internationalen Konsens umsetzen und ihre Prinzipien in weit akzeptierte Normen wandeln.

Als Vertreter einer ökonomischen Sichtweise des Realismus führen wir Robert Gilpin (Gilpin 2001) an, der zusammen mit Nye eine moderne Adaption der klassischen Realismustheorie anbietet: Er bezieht sich dabei vor allem auf die ökonomische Globalisierung und ihre Auswirkungen auf den Staat im Zeitalter der Informationsrevolution.

Wir entschieden uns für diese oben angeführten Theorieansätze *aus 24 verschiedenen*,

generalisierenden, die Wirklichkeit erklärenden und interpretierenden Aussage-Gefügen (Woyke 2000, 417), da dieser Theoriemix die für uns zentralen Konzepte für das Handeln der USA im Irakkrieg am besten zu erklären scheint.

3.1.1.6 Angewandte Methode

Nach genauem Abwägen der möglichen, einsetzbaren Forschungsmethoden haben wir uns für die *historisch-genetische Methode*, entschieden. Bevor erläutert wird, warum diese Methode zur Anwendung kommt, soll nachfolgende Definition dazu dienen, die Begrifflichkeit abzugrenzen. Methode definiert sich nach *Werner J. PATZELT* als:

konkretes Verfahren der Informationsgewinnung (Datenerhebung durch Dokumentenanalyse, Befragung, Beobachtung, Experiment und Simulation) oder der Informationsauswertung (Datenanalyse durch Nutzung der hermeneutischen Methode, historischen Methode, juristischen Methode oder der statistischen Methode) (Patzelt 2003, 146).

Wie bereits oben erwähnt, wählen wir die historisch-genetische Methode, welche sich vor allem in Form von Literaturrecherchen und komparativen Textanalysen definieren lässt. Diese Vorgangsweise besteht aus

1. einer historisch-kritischen Prüfung der Quelltexte,
2. einer induktiv-interpretativen Verknüpfung und Einordnung der ermittelten Einzeltatsachen
3. und der literarisch ästhetischen Erfassung, Formung und Vermittlung der Ergebnisse des Verstehensaktes (Nohlen 1994, 161).

Im Forschungsprozess werden einschlägige Veröffentlichungen von recherchierten Texten und überlieferten Sachverhalten sekundäranalytisch (Sekundärforschung – Sekundäranalyse definiert die Beschaffung, Zusammenstellung und Auswertung bereits vorhandenen Materials zum Gegenstand – sie wird aus verschiedenen Quellen zusammengetragen und unter neuen Gesichtspunkten analysiert. (Beutelmayer et al. 1999, 293)) durch die Gruppe ausgewertet. Laut Patzelt lässt sich die historische Methode in drei Arbeitsschritte gliedern:

1. *Quellenanalyse:*

Die erste Phase der historischen Methode besteht in der Feststellung, welche Dokumente für die Sachverhalte verfügbar und für den Forschungszweck zutreffend sind.

2. *Quellenkritik:*

Die zweite Phase dient der Prüfung der Validität und Repräsentativität des verfügbaren Datenmaterials und beurteilt, ob der Text authentisch ist, die Kompetenz des Verfassers und seine Intentionen und Wertvorstellungen.

3. *Quelleninterpretation:*

Schließlich werden die durch die Quellenanalyse erschlossenen und durch Quellenkritik geklärten Informationen gedeutet und zur Beantwortung der Forschungsfrage herangezogen.

Insgesamt vollzieht sich die Quelleninterpretation als Benutzung der hermeneutischen Methode.

Aus oben angeführten Überlegungen lässt sich folgern, dass die historische Methode der gewählten Theorie des klassischen Realismus am besten entspricht. Aufgrund der Quellenlage und der Realisierbarkeit des Forschungsprojekts scheint sich der Einsatz dieser Methode als anwendbar und sinnvoll zu erweisen.

3.1.2 Begriffsbestimmungen und theoretische Grundlagen

3.1.2.1 Arbeitsdefinition „Akteure“

Personen oder Gruppen von Personen oder Institutionen, die in der Politik planen und handeln (= handeln in politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und militärischen Bereichen).

3.1.2.2 Politik

Bei dieser Definition halten wir uns an den Politologen und Sozialwissenschaftler Werner J. PATZELT der Politik als: *„jenes menschliche Handeln, dass auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt. [...] Menschliches Handeln ist von Normen, Interessen, Wertvorstellungen und Weltanschauungen geprägt.“* (Patzelt 2003, 23), definiert.

Die nach PATZELT in der Theorie definierten Bereiche von Politik weisen in der Praxis, bezogen auf unser Forschungsprojekt der Akteure im Irakkrieg nachstehend angeführte Determinanten auf:

1. Politics (Nohlen 1998, 487):

Der aktive konflikthafte Prozess politischer Gestaltung, wurde der Bush-Administration durch die Dominanz der republikanischen Abgeordneten im amerikanischen Kongress erleichtert.

2. Politie (Nohlen 1998, 487):

Die in der Verfassung verankerte Machtfülle des US-Präsidenten erlaubt die Durchsetzung von weit reichenden Maßnahmen, zur Erreichung seiner Ziele.

3. Policy (Nohlen 1998, 484):

Durch die Schaffung eines neuen „Superministeriums“ – so genannte Department of Homeland Security (Heimatschutzministerium) wurde dem Politikfeld Sicherheit eine neue Dimension verliehen.

3.1.2.3 Demokratisierung

Prozess der Bildung oder Vertiefung der Demokratie; ein zielgerichteter Prozess in welchem von totalitären oder autoritären Herrschaftsformen zu demokratischer Legitimierung und Ausübung der Macht übergegangen und eine Demokratie errichtet wird (Nohlen 1998, 117).

3.1.2.4 Bush-Doctrine

Als Bush-Doktrin wird das Außen- und Sicherheitspolitische Konzept der US-Regierung um Präsident George W. Bush bezeichnet, die nach mehr als 50 Jahren die Politik der Abschreckung und Eindämmung (Containment und Deterrence) ablöste. Dazu gehören auch militärische Präventivschläge gegen Nationen, die ein Gefährdungspotential für die USA aufweisen (Wikipedia-Enzyklopädie).

3.1.3 Akteur USA

3.1.3.1 Fokussierung

Aufgrund der Vielzahl der im Irakkrieg involvierten Akteure, wie etwa USA, Irak, EU, Anrainerstaaten, Internationale Organisationen, Internationale Konzerne und Unternehmen, islamische religiöse Führer, und andere, war es notwendig, einen, die politische Realität dominierenden Akteur, auszuwählen. Unserer Meinung nach sind das die USA, da sie wie kein anderer Staat oder keine andere internationale oder nationale Organisation oder Religionsgemeinschaft das Geschehen im an Komplexität zunehmenden Irakkonflikt bestimmen.

Die USA versucht alles Handeln durch das Argument des „Kampfes gegen den Terror“ und durch Mobilisierung gegen die von der „Achse des Bösen“ ausgehenden Bedrohung zu rechtfertigen. Wie Peter Scholl-Latour treffend bemerkt, abseits jeglicher völkerrechtlicher Bestimmungen: „... *also waren Präventivkriege notwendig. Afghanistan und Irak mussten niedergeworfen werden, um die Anführer des Terrorismus mitsamt ihren nuklearen und biologischen Waffen auszuschalten. Auf Völkerrecht konnte unter diesen Umständen keine Rücksicht genommen werden*“ (Scholl-Latour 2004, 17).

3.1.3.2 Wer bestimmt das Handeln der USA?

Um unsere Schlussfolgerung, wer die bestimmenden Akteure der USA sind, nachvollziehen zu können, ist es notwendig, das politische System der USA, welches sich aufgrund seiner Entwicklungsgeschichte sehr stark von dem europäischer Demokratien unterscheidet, zu verstehen.

Identifikation der politisch bestimmenden Kräfte in den USA

Allgemeines zum politischen System der USA

Um das politische und vor allem außenpolitische Verhalten der USA entsprechend einschätzen und prognostizieren zu können, bedarf es der Kenntnis der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse des amerikanischen politischen Systems (Wasser 1997, 3-5).

Die Freiheit des Individuums zum Aufstieg im Rahmen sozialer Mobilität, die Freiheit und das Wohlergehen der Massen waren die Ziele der frühen, den unerforschten Westen des Landes erobernden amerikanischen Gesellschaft (Turner).

Es soll nicht verwundern, wenn eine solcherart sich entwickelnde und konsolidierende Gesellschaft einen von der europäischen Auffassung sich unterscheidenden Weg zur Schaffung demokratischer Institutionen geht.

Während sich in Europa John Lockes und Charles de Montesquieus Ideen der Gewaltenteilung erst spät durchsetzten, beschritten die Väter der US-Verfassung schon 1787/88 (*federalist papers*) einen konsequenteren Weg: Anstelle der Gewaltenteilung oder Gewaltenverteilung zwischen Exekutive

und Legislative schufen sie nach Richard Elliott Neustadt *eine Institutionentrennung mit wechselseitig teilnehmender Gewaltenausübung*.

Dies bedeutet, dass der Präsident und der Kongress (Senat und Repräsentantenhaus) zwar unabhängig voneinander amtieren, an Verwaltung und Gesetzgebung jedoch wechselseitig teilhaben und gemeinsam an der Erfüllung dieser Grundfunktionen der Staatsgewalt mitwirken.

Dieses Konzept der Institutionentrennung erlaubt wirksame Machtkontrolle durch *checks and balances* und zwingt zur Kooperation.

- Der Präsident besitzt ein suspensives Vetorecht und verleiht vom Kongress verabschiedeten Gesetzen Geltungskraft.
- Der Kongress ratifiziert völkerrechtliche Verträge, besitzt die Budgethoheit und ist berechtigt, bei groben Verstößen des Präsidenten, ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten.
- Der Senat bestätigt Personalentscheidungen der Regierung,

Die Unvereinbarkeitsklausel in Artikel 1 der US Verfassung verbietet die gleichzeitige Ausübung eines Regierungsamtes und Parlamentsmandats.

Die Machtzentren der US-Politik

Auf der Suche nach politischen und gesellschaftlichen Institutionen, die Macht und Einfluss im amerikanischen politischen System besitzen, haben wir die nachfolgend angeführten Personen und Institutionen als die entscheidenden festgestellt und analysiert.

- Präsident und Regierung
- Kongress
- Politische Parteien
- Interessensverbände von Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- Medien

Präsident und Regierung

Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wird als der schwierigste Job der

Welt angesehen, da er in seiner Person die nachstehend angeführten Funktionen vereinigt (Wasser 1997, 3-5):

- Staatsoberhaupt
- Regierungschef
- Oberster Verwaltungschef der gesamten Bundesbürokratie
- Oberbefehlshaber der Streitkräfte
- Gestalter der Außenpolitik
- Parteiführer
- Widerpart des Kongresses im Gesetzgebungsprozess

Er wird von Wahlmännern (538 *electors*) für vier Jahre ins Amt gewählt, wobei eine einmalige Wiederwahl möglich ist. Der Präsident erfüllt, die einem Premierminister vergleichbaren Aufgaben: Er bestimmt die Richtlinien für Innen- und Außenpolitik. Unterstützt wird er dabei nicht von Ministern nach europäischem Verständnis, sondern von einem beratenden Ausschuss von 15 *secretaries*, die er nach Belieben austauschen kann.

Die administrative und koordinierende Schaltzentrale des Weißen Hauses ist das *Executive Office of the President*, in das auch die eigentliche Präsidentskanzlei, das *White House Office*, eingegliedert ist.

Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte hat der Präsident die ausschließliche Verfügungsgewalt über das atomare Waffenpotential der USA.

Die vom Kongress am 7. November 1973 beschlossene *War Powers Resolution* (auch *War Powers Act*) erlaubt dem Präsidenten, unter Einschränkungen, den Einsatz von US-Streitkräften für den Zeitraum von 60 Tagen, unter besonderen Umständen von 90 Tagen, ohne vorherige Kriegserklärung durch das Parlament.

Das Gesetz, das ursprünglich zur Einhegung der präsidentiellen Machtbefugnisse konzipiert war und dem Präsidenten ein enges Zeitkorsett aufzwingen sollte, erweist sich aus heutiger Sicht, wo man mit den zur Verfügung stehenden modernen Machtmitteln in kürzester Zeit militärische Operationen erfolgreich abschließen kann, als in seiner Wirkung verfehlt. (Im Gegenteil, es erweitert die Machtbefugnisse des Präsidenten ungemein militärische Sanktionen setzen zu

können, die im Nachhinein nur gut argumentiert werden müssen.)

Schlussendlich ist der Präsident verpflichtet, regelmäßig und persönlich, dem Kongress seine politischen Zielvorstellungen vorzutragen (*state of union message*).

George Walker Bush

Seit 20. Jänner 2001 ist George Walker Bush der 43. Präsident der USA. Bevor er das Präsidentenamt übernahm, war er sechs Jahre Gouverneur von Texas.

Geboren am 6. Juli 1946 in New Haven, Connecticut, aufgewachsen in Midland und Houston, Texas, Bakkalaureat in Yale 1968, Pilot in der Nationalgarde Texas, MBA in Harvard 1975 (White-House-Homepage).

Die White House Homepage beschreibt ihn als einen leidenschaftlichen Konservativen, der bestrebt ist Bürgerverantwortung neu zu definieren: Amerikaner sollen Bürger sein, nicht Zuschauer; Bürger, Nicht-Staatsangehörige; verantwortliche Bürger, die eine Dienstleistungsgesellschaft und eine charaktervolle Nation aufbauen mögen.

Von den Wahlversprechungen im Jahr 2000 sind außer Steuersenkungen (für die obere Einkommensklasse) und Mehrausgaben für die Streitkräfte nicht viele Punkte umgesetzt worden: Bush stand zusätzlich für eine Gesundheits- und Bildungsreform, sowie für eine privat-öffentliche Initiative zur Armutsbekämpfung ein.

Nach den Septemberanschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon 2001 erklärte Präsident Bush dem Terrorismus den Krieg. Auf das, was er darunter verstand, soll im folgenden Kapitel näher eingegangen werden.

Eine einzelne Person wie der US Präsident kann zwar eine ungeheure Machtfülle auf sich vereinigen, kann diese Macht mit einem klug gewählten Stab an loyalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bewährten Institutionen auch exekutieren, kann aber nicht ein derart komplexes Geflecht aus Absichten, Interessen, Ideen, Weltbildern und Wunschvorstellungen, das Politik darstellt, alleine hervorbringen und überblicken. Dazu braucht er Unterstützung von Vertrauten.

Der Innere Kreis

Als Inneren Kreis George W. Bushs, als engste Vertraute, unterstützende und treibende Kräfte, also als loyale Mitstreiter in der Sache, haben wir den Vizepräsidenten Dick Cheney, die nationale Sicherheitsberaterin Dr. Condoleezza Rice und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld identifiziert.

Von den drei Genannten haben Cheney und Rice Wurzeln, die in die Zeit der Präsidentschaft George Herbert Walker Bushs (1989 – 93) zurückreichen; sie werden von uns folgenderweise gesehen/beurteilt:

- Dick Cheney (geb. 1941): Verteidigungsminister unter George H. Bush (*operation just cause/Panama, operation desert storm/Irak*), ein erfahrener und praxisbezogener Mann in Politik (als Kongressabgeordneter) und Wirtschaft (CEO von Halliburton) welcher aufgrund seines Alters kein Konkurrent um die Präsidentschaft ist und damit der ideale Stellvertreter ist.
- Condoleezza Rice (geb. 1954): Die promovierte Politikwissenschaftlerin war als Russlandexpertin Angehörige des nationalen Sicherheitsrates und später als Assistentin für Sicherheitsfragen für George H. Bush tätig. Sie gilt als immer im Dienst befindlich, hat keine zeitintensiven familiären Bindungen und wirkt konfliktvermeidend und konfliktlösend (Woodward, 2004, 212/2).
- Donald Rumsfeld (geb. 1932): Ex-Pilot wie George W. Bush, war 1975-77 Verteidigungsminister unter Gerald R. Ford. Ein langgedienter Politiker und zwischendurch erfolgreicher Unternehmenssanierer in der Privatwirtschaft. Er wird als Workoholic, konsequent und ausdauernd (siehe Folterskandal) sowie polarisierend gesehen und scheint Konflikten (altes und neues Europa) nicht aus dem Wege zu gehen (Woodward, 2004, 212/18).

Ebenfalls zum inneren Kreis zu zählen ist George Herbert W. Bush, der Vater des Präsidenten. George H. Bushs Wiederwahl war 1993 trotz Popularität durch den erfolgreich geführten Irakkrieg an der schlechten US-Wirtschaftslage gescheitert (*it's the economy, stupid – ein*

populärer Clinton Wahlslogan). Dass Vater Bush die Pläne seines Sohnes abseits der Öffentlichkeit mit seinen alten Kontakten fördert, darf angenommen werden.

Der „erweiterte Kreis“

Da Präsident Bush seine vorbereitenden Maßnahmen zur Ausweitung des Krieges gegen den Terror auf den Irak geheim halten wollte, doch weitere Unterstützung benötigte, war es erforderlich einen größeren Personenkreis in die Planungsarbeiten einzubinden.

Doch vorerst (21.11.2001) sollte sich dieses Wissen auf Bush, Rice, Cheney, Rumsfeld und den für den Nahen Osten zuständigen und mit der Ausarbeitung eines Kriegsplanes beauftragten 4-Sterne General Tommy Franks beschränken (Woodward 2004, 3).

Paul Wolfowitz, der stellvertretende Verteidigungsminister, musste weder informiert, noch überzeugt werden. Seit 1997 forderte er einen Präventivkrieg gegen den Irak und andere potentielle Aggressoren anstelle der unter Präsident Bill Clinton praktizierten Politik der Einhegung (Political Views, Wikipedia).

Da die Kriegsführung im Irak ähnlich wie in Afghanistan geplant wurde, nämlich unter Einbeziehung von CIA Spezialagenten, musste auch der damalige CIA Direktor George Tenet ins Vertrauen gezogen werden.

Colin Powell, der Außenminister und dessen engster Mitarbeiter und Stellvertreter Richard Armitage, sollten zu den letzten Angehörigen des Schlüsselpersonals gehören, die von den wahren Absichten des Präsidenten informiert wurden.

In seiner *State of the Union* Rede vom 29. 01. 2002 brachte Präsident Bush die „Achse des Bösen“ ins Spiel. Die Erwähnung von Nordkorea, Iran und Irak in einem Zusammenhang sollte vom wahren Angriffsziel ablenken.

Das Kabinett, das Executive Office of the White House und externe Berater

Die weiteren *secretaries* der *departments* (Ministerien) sollten bis auf den Leiter des neu

geschaffenen *department of homeland security* Tom Ridge keine bedeutende Rolle für den Gegenstand unserer Untersuchung spielen.

George W. Bush unterstrich die Bedeutung des *Executive Office of the White House* dadurch, dass er mehreren Angehörigen den Status eines Kabinettsmitglieds verlieh.

Die externen Berater des Weißen Hauses rekrutieren sich unserer Meinung nach vorwiegend aus konservativen Think-Tanks wie dem PNAC (*Project for the New American Century*) – zum Beispiel Richard Perle, ebenfalls eine ehemalige Stütze Bush-Vaters.

Der Kongress (Wasser 1997, 10-17)

Der Kongress, bestehend aus dem Senat (100 auf sechs Jahre gewählte und alle zwei Jahre zu einem Drittel ausgetauschte Abgeordnete) und dem Repräsentantenhaus (435 auf zwei Jahre gewählte Abgeordnete) ist im politischen System der USA die gesetzgebende Gewalt.

Neben der Gesetzgebung obliegt dem Kongress auch die Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge, die Erstellung des Budgets sowie die Einleitung und Durchführung eines allfälligen Amtsenthebungsverfahrens gegen einen Präsidenten (wie etwa im Fall Richard Nixon 1974).

Die Besetzung von Spitzenfunktionen in der Verwaltung und des Obersten Bundesgerichts bedarf der Zustimmung des Senats.

Vorsitz im Senat führt der Vizepräsident, der bei Stimmengleichheit den Ausschlag gibt.

Seit 2002 stellt die republikanische Partei im Kongress wieder die Mehrheit der Abgeordneten; hauchdünn ist ihr Vorsprung im Senat (nur durch die Stimme des Vizepräsidenten), im Repräsentantenhaus haben die Republikaner 12 Abgeordnete mehr als die Demokraten.

Politische Parteien

Aufgrund des relativen Mehrheitswahlrechts konnte sich in den USA das Zweiparteiensystem durchsetzen und halten. Drittparteien, wenn sie in Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen

auftauchten, wurden über kurz oder lang von den Großparteien absorbiert.

Da scharf konturierte ideologische Gegensätze zwischen der demokratischen und der republikanischen Partei fehlen, die Patronagefunktion über die Jahre verloren gegangen ist und im Zeitalter der Informationstechnologie die Partei nicht mehr die Brücke zwischen Wähler und zu Wählenden in früherem Ausmaße herstellen muss, ist die politische Gegenwart in den USA durch den Abbau traditioneller Parteibindungen geprägt (Wasser 1997, 24-30).

Interessensverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Seit Franklin Delano Roosevelts New Deal Politik (1933) haben sich auch in den USA regulierende Staatseingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft durchgesetzt.

Dort wo die Wirtschaft beschränkt wird und wo soziale Leistungen verteilt werden, dort werden gesellschaftliche Gruppen versuchen, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, um sich ihren Anteil an den staatlichen Zuwendungen zu sichern.

Vorwiegend Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften übernahmen diese Aufgabe.

Lobbying ist die Taktik der in Amerika als legitim empfundenen *pressure groups*. Die etwa 7000 *pressure groups* setzen dort an, wo Gesetze gemacht werden: Im Kongress durch *grass roots* lobbying (im Wahlkreis des Abgeordneten) und in der Verwaltung durch „eingebaute“ Minister oder Staatssekretäre.

Der amerikanische Soziologe C. Wright Mills bezeichnet Wirtschaft, Politik und Militär als die eigentlichen Machtzentren in der amerikanischen Gesellschaft (Mills, 1970).

Diese Formulierung deckt sich in etwa mit dem Schlagwort vom „militärisch-industriellen Komplex“, also jener Interessensverflechtung von Militärs, Rüstungsindustrie, Politikern, Bürokraten und Forschungseinrichtungen, die in Washington Einfluss auf zentrale Entscheidungen des politischen Systems ausüben.

Medien

Edmund Burke bezeichnete die Presse schon vor 200 Jahren als die *Vierte Gewalt*.

Wie die Aufdeckung des Watergate-Skandals durch Reporter der *Washington-Post* zeigt, trug die Presse maßgeblich zum Sturz Präsident Nixons bei.

Die Bedeutung von amerikanischen Massenmedien wie Tageszeitungen, Magazinen, Radio und Fernsehen (die meisten nicht mehr unabhängig sondern in der Hand von großen Mediengesellschaften konzentriert) für die politische Meinungsbildung ist bei Sozialwissenschaftlern umstritten. Die Mehrzahl der Experten glaubt, dass Medien politische Meinungen zwar verstärken, aber nicht bilden können.

Nach eingehender Analyse des oben Zusammengefassten gelangten wir in der Gruppe zu der Auffassung, dass wir unter dem die amerikanische Politik *bestimmenden Akteur* den Präsidenten, also *George Walker Bush*, zu verstehen haben.

3.1.4 Die Politik der Bush-Administration im Kampf gegen den Terror

3.1.4.1 Der Beginn: Afghanistanblitzkrieg (operation enduring freedom)

Als rasche Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001, griffen die US-Streitkräfte bereits am 7. Oktober mit Bomben Afghanistan an und begannen den Krieg gegen dieses Land, gefolgt von Bodenangriffen durch US Special Forces am 19. Oktober, war dies nicht das erste Auftreten amerikanischer Präsenz in dem Talibanstaat. Bereits ab 27. September waren seit langem eingeschleuste Angehörige der etwa 150 Mann starken Special Activities Division des CIA aktiv.

Die seit 1979 (unter Präsident Jimmy Carter) mit amerikanischem Geld finanzierten und vom pakistanischen Geheimdienst ISI aus Koranschulen rekrutierten fundamentalistisch-sunnitischen Taliban (*talibun*: arabisch für Schüler), während des sowjetischen Afghanistankrieges US-Interessen nützlich, hatten sich nach Abzug der Sowjets emanzipiert und waren spätestens seit den Osama Bin Laden zugeschriebenen Bombenattentaten auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia (1998) bei den ehemaligen Geburtshelfern in Ungnade gefallen.

Die Taliban setzten klare Prioritäten: Vom US-Ölkonzern Unocal mit dem Regime geführte Verhandlungen über die Durchleitung einer Pipeline wurden abgebrochen, Osama Bin Laden wurde als Staatsgast behandelt, seine Ausbildungslager fanden regen Zulauf von unzufriedenen, militanten Moslems aus arabischen, aber auch anderen Ländern.

Steve Coll (Ghost Wars: The Secret History of the CIA, Afghanistan and Bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001 (2004)), ein Kollege Bob Woodwards bei der Washington Post, beschreibt in seinem Buch Ghost Wars die im Verlaufe von zwanzig Jahren einmal mehr, einmal weniger intensiven und ambitionierten Aktivitäten von CIA, ISI und des saudischen Geheimdienstes bei der Verfolgung ihrer jeweiligen nationalen Interessen, Osama Bin Ladens nahezu unbehinderte Bautätigkeit seines staatenlosen islamischen Terrornetzwerkes Al-Qaida sowie die während der Schwächephase der Clinton-Administration (drohendes Impeachment-Verfahren) unternommenen glücklosen, weil schlampig/halbherzig geplanten Versuche von CIA und gekauften/verbündeten lokalen Stammeskriegern Osama Bin Laden zu fangen oder zu ermorden. (Steve Coll in einem Vortrag im kleinen Festsaal der Universität Wien, anlässlich seiner Buchpräsentation (Ghost Wars) am 12. Juli 2004) Ohne es auszusprechen prangert Coll die geldintensiven, jahrelang konzeptlosen Aktivitäten des amerikanischen Geheimdienstes in Afghanistan an.

Laut Auffassung der beiden Autoren Jean-Charles Brisard (ehemaliger Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes) und Guillaume Dasquié (Brisard, 2002) (investigativer Journalist) wurden nach George Bushs Wahl die Pipelinegespräche amerikanischer Interessenten mit den Taliban im Februar 2001 wieder aufgenommen. Bis zu deren Scheitern im August, ruhte die unter Präsident Clinton begonnene Jagd auf Osama Bin Laden.

Neun Tage nach den Anschlägen in New York und Washington, am 20. September 2001, verkündete George W. Bush vor dem Kongress sein bedingungsloses Ultimatum (<http://www.cnn.com/2001/US/09/20/gen.bush.transcript/>) an Afghanistan (u.a.):

- Auslieferung aller Al Qaida-Führer im Land.
- Sofortige und dauerhafte Schließung aller Trainingslager für Terroristen.

Unterstützt wird George Bush von den Vereinten Nationen.

In der gleichen Rede führte der Präsident aus, wer der Feind ist, wie ihm begegnet wird und wann

der Krieg beendet sein wird (<http://www.cnn.com/2001/US/09/20/gen.bush.transcript/>):

- *Our enemy is a radical network of terrorists and every government that supports them.*
- *Our war on terror begins with al Qaeda, but it does not end there.*
- *It will not end until every terrorist group of global reach has been found, stopped and defeated.*

George Bush machte auch klar, dass die USA in diesem Kampf nicht allein stehen (<http://www.cnn.com/2001/US/09/20/gen.bush.transcript/>):

- *America has no truer friend than Great Britain. (APPLAUSE) Once again, we are joined together in a great cause.*

Wenige Wochen später ist durch den Einsatz überlegener militärischer Mittel der US-Truppen und der Briten der Sturz des afghanischen Regimes herbeigeführt, sind die Talibantruppen vernichtend geschlagen, ist die Hauptstadt Kabul durch Kämpfer der Nordallianz eingenommen. Osama Bin Laden entkam vermutlich nach Pakistan, Mullah Omar gelang mit einigen Getreuen im Süden des Landes die Flucht in die Berge, Al-Qaida wurde stark dezimiert, aber nicht zerschlagen. Pakistanische Truppen konnten die Flüchtigen nicht am Grenzübertritt hindern.

Zurück bleibt ein Land im Chaos, lokale Clanchefs und Warlords, tadschikische und usbekische „Dauergäste“ teilen sich die Macht in den Provinzen, ein im Lande nicht populärer prowestlicher Staatschef kämpft um die zentrale Kontrolle und seine politische Zukunft; das Land wird noch jahrelang am sicherheitspolitischen und finanzpolitischen Tropf seiner amerikanischen und europäischen Befreier hängen, mit unsicheren Aussichten auf Erfolg.

Kritiker des Afghanistankrieges werfen den USA vor, den Kampf gegen den Terror als Fassade für die Schaffung eines Brückenkopfes im zentralasiatischen Raum zur Verfolgung von Gas- und Ölinteressen zu benutzen.

Für die CIA arbeitende Geologen und Prospektoren erarbeiteten bereits 1997 einen Bericht über den Gas- und Ölreichtum der kaspischen Gebiete und die damalige Außenministerin Madeleine Albright (The Truth about the US War against Afghanistan, http://www.iacenter.org/nowar_truth.htm (22 08 2004)) kam nach Lektüre dieser Studie zu der Überzeugung, dass „die Gestaltung der Zukunft dieser Region eine große Herausforderung für uns ist.“ (Time Magazine, Mai 1998)

Das US-Verteidigungsministerium hatte schon 1994 begonnen die ehemaligen südlichen Sowjetrepubliken in die NATO assoziierte "Partnership for Peace"-Organisation (offen für alle OSZE-Staaten) zu bekommen. (http://www.osce.org/general/participating_states/ (22 07 2004)). Ehemalige Militärs und Politiker wie General Brent Scowcroft, Zbigniew Brzezinski, John N.

Sununu, James Baker und Lloyd Bentsen finden sich auf den Gehaltslisten von Öl- und Gasgesellschaften, die in der kaspischen Region operieren. (Washington Post, 6. Juli 1997)

3.1.4.2 Zwischenschritte der Bush-Administration zur Ausweitung der Einflussnahme

USA Patriot Act of 2001

Am 26 Oktober, nur 45 Tage nach den Septemberanschlägen verabschiedete der Kongress ein in großer Eile und unter Geheimhaltung erstelltes Gesetzeswerk, das der Exekutive mit der Begründung der Erhöhung der Sicherheit für den Bürger eine Fülle neuer Rechte einräumt und das von vielen Amerikanern als zu weitgehend, weil Grundrechte verletzend, angesehen wird.

Bürgerrechtsvertreter kritisieren vor allem die allzu großzügig ausgelegten Überwachungs-, Abhör- und Durchsuchungsrechte der Behörden, die nahezu ungehinderte Einsicht in Datensammlungen welche Auskunft über medizinische Befunde, die finanzielle Situation und über den beruflichen Werdegang von Personen geben. FBI-Agenten dürfen ohne Angabe von Gründen gegen Individuen ermitteln, Ausländer können auf bloßen Verdacht festgehalten werden, Verdächtige können ohne richterlichen Beschluss bis zu sechs Monate in Gewahrsam genommen werden. (Homepage von American Civil Liberties Union -<http://www.aclu.org/Files/OpenFile.cfm?id=11812> (05 08 04))

Hinter dem Backronym USA PATRIOT ACT (http://en.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act (20 08 2004)) (*Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism*) verbirgt sich ein 342 Seiten starkes Gesetzeswerk, das von John Ashcrofts Justizministerium unter Federführung von Assistant Attorney General Viet D. Dinh innerhalb nur weniger Wochen erstellt wurde.

Kritiker empfinden das Gesetz als reaktionär, Verfassung und Bürgerrechte missachtend. Dass der Kongress die Gesetzesvorlage im Senat mit nur einer Gegenstimme und im Repräsentantenhaus mit 356 zu 66 Stimmen angenommen hat deutet darauf hin, dass die Abgeordneten damals unter dem Druck der jüngsten Ereignisse abgestimmt haben.

Bei einer CNN/USA Today/Gallup (<http://www.usatoday.com/news/polls/tables/live/2004-02-25-patriot-act-poll.htm> (20 08 2004)) Erhebung im August 2003 (Februar 2004) hegten 22% (26%) der Amerikaner die Befürchtung dass der USA PATRIOT Act ihre zivilen Rechte beschneide, 48% (43%) waren der Meinung dass der Act angemessen sei, 21% (21%) vertraten die Auffassung, dass

den Behörden noch mehr Spielraum gegeben werden sollte.

Domestic Security Enhancement Act of 2003

Justizminister John Ashcroft gingen die Befugnisse der Exekutive immer noch nicht weit genug. Im Jänner 2003 legte das Justizministerium den Entwurf für den Domestic Security Enhancement Act of 2003 (Wikipedia-Enzyklopädie) (vulgo Patriot Act II), der die Macht und Einflussnahme der Behörden nochmals drastisch erweitern sollte, zur regierungsinternen Begutachtung vor. Das Dokument gelangte gewollt oder ungewollt über Internet an die Öffentlichkeit und scheint als Testballon konzipiert worden zu sein um die Stimmung für eine Akzeptanz zu prüfen.

Regierungskritische Stimmen meinen, dass die Bush-Administration nur auf einen weiteren Terroranschlag warte, um für die in der Vorlage geplanten Verschärfungen (u. a. Ausweitung der Delikte die mit der Todesstrafe bedroht sind, Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Terroristen, Anlage einer DNS-Datenbank für Terroristen) eine parlamentarische Mehrheit zu finden.

Die Achse des Bösen

Am 29. Jänner 2002 verwendete George W. Bush den Ausdruck „Achse des Bösen“ (*axis of evil*) in seiner Ansprache zur Lage der Nation vor dem US-Kongress und vor 52 Millionen TV-Zuschauern um namentlich Nordkorea, Iran und Irak als Staaten zu nennen, die mit ihren Massenvernichtungswaffen die USA, deren Alliierte und Freunde bedrohen.

Obwohl der Ausdruck „Achse“ in Bezug auf die drei Staaten unrichtig ist, da er eine Kooperation unterstellt, als auch „Böse“ im Sinne einer Realpolitik unexistent ist, nahm ihn die Presse begeistert auf.

Ursprünglich von David Frum als „Achse des Hasses“ (*axis of hatred*) konzipiert, wurde die Phrase dann von Bushs Lieblingsredenschreiber Mike Gerson auf „Achse des Bösen“ geändert, um dem Ausdruck eine religiöse Konnotation (Woodward 2004, 87) zu verleihen. Gerson teilt die Vorliebe für den Einbau von religiöser Überzeugung und moralischer Schlussfolgerung in den Reden seiner Präsidenten.

Das Medienecho auf die Rede mit der markigen Aussage war stark. Für Bush, damals schon intensiv mit den streng geheimen Vorbereitungen einer militärischen Aktion im Irak beschäftigt, bot diese Publicity einen zweifachen Vorteil: Einmal war es eine starke Aussage, seit Ronald Reagan

hat kein Präsident mehr so überzeugend mit dem Säbel gerasselt, zum anderen lenkte es die Aufmerksamkeit der Presse vom Irak auf zwei weitere Staaten.

Am 15. August 2002 erschien im Wall Street Journal ein Artikel von General Brent Scowcroft (Woodward 2004, 159-160), dem früheren National Security Adviser von George Herbert Bush: „Greift Irak nicht an!“ Scowcroft, der sich auf Grund seiner Nähe zu und der Freundschaft mit den Bushs seinen Reim über die Entwicklung machen konnte, argumentierte, dass Saddam Hussein ein sekulärer Sozialist sei, der mit Osama Bin Laden nur den Hass auf die USA gemeinsam hat, dass man Saddam nicht mit Terroristen und schon gar nicht mit dem 11. September in Verbindung bringen könnte. Ein Vorgehen gegen den Irak müsste daher unilateral erfolgen und entsprechend schwierig und teuer werden. Scowcroft empfahl, die UN-Inspektoren zu verschärften Bedingungen in den Irak zurückzuschicken.

Außenminister Collin Powell, der entlang der gleichen Linie argumentierte, war hocherfreut einen Bundesgenossen aus dem Bushumfeld gefunden zu haben. Doch vergeblich, Scowcroft bekam einen Anruf seiner ehemaligen Assistentin, Condoleezza Rice, und schwieg fortan aus Loyalität zu den Bushs (Woodward 2004, 159-160).

National Security Strategy

Die neueste nationale Sicherheitsstrategie wurde am 17. September 2002 veröffentlicht. Sie enthält die bedeutendsten Sicherheitsherausforderungen denen sich die USA stellen müssen und die Lösungsansätze der Bushadministration. Die Bush-Doktrin des Präventivkrieges (ein klarer Bruch mit der Charta der Vereinten Nationen) ist in ihr enthalten.

Dieses neue Sicherheitskonzept markiert den Wandel von der Doktrin, der Abschreckung aus Zeiten des Kalten Krieges, hin zu einer pro-aktiven Neugestaltung von politischen Institutionen zur Begegnung neuester Herausforderungen wie durch den staatenlosen Terrorismus.

Völkerrecht in Form der Charta der Vereinten Nationen wird derogiert.

Homeland Security Act

Der Homeland Security Act vom 25. November 2002 legte den Grundstein für die größte Regierungsreorganisation seit mehr als fünfzig Jahren. (Seit der Zusammenlegung der US-

Teilstreitkräfte in Form des heutigen Verteidigungsministeriums 1947.) (Wikipedia-Enzyklopädie)

Am 1. März 2003 nahm das Department of Homeland Security (<http://www.dhs.gov/dhspublic/> (18.08.2004)) (Heimatschutzministerium) unter Tom Ridge seinen Betrieb auf. Die drei Hauptaufgaben des riesigen, aus der Zusammenlegung von 22 Agenturen entstandenen Ministeriums mit insgesamt etwa 180.000 Mitarbeitern sind:

- Terrorangriffe auf US-Territorium zu verhindern
- Amerikas Verwundbarkeit für terroristische Aktivitäten zu reduzieren
- Den Schaden eventueller Angriffe oder Naturkatastrophen zu mindern

Wenn man nur die Zahl der Mitarbeiter, deren Familienangehörige, Freunde und Bekannte heranzieht, kommt man auf eine beeindruckende Zahl von potentiellen Informanten.

Die Keimzelle des Heimatschutzministeriums war das Office of Homeland Security gewesen, das Präsident Bush bereits am 8. Oktober 2001 einrichten ließ und mit der Aufgabe der Ausarbeitung einer umfassenden nationalen Strategie zur Sicherung gegen terroristische Angriffe oder Bedrohungen betraute. Leiter dieses Büros wurde voran genannter Tom Ridge.

3.1.4.3 Der Irakkrieg: Unilateralismus oder Multilateralismus, Operation shock & awe

Einleitung

Ermutigt durch den raschen militärischen Erfolg in Afghanistan und getragen von einer patriotischen Welle der Zustimmung in der breiten Bevölkerung zu einer Politik der Stärke und Anständigkeit nahm die Bush-Administration ihr nächstes Ziel in Angriff: Den Sturz des Saddam-Regimes im Irak.

Unilateralismus oder Multilateralismus?

Ursprünglich waren George W. Bush und sein Verteidigungsminister Donald Rumsfeld davon ausgegangen die Intervention im Irak, die rasch und mit so gering als nur möglichen Kräften erfolgen sollte, notfalls allein zu tragen.

Bedenken von militärischer Seite (von General Tommy Franks, der die Militäraktion leiten sollte) und von Seiten des Außenministers Collin Powell (nach dessen Erfahrung im letzten Irakkrieg ein langsamer Aufbau der Kräfte und eine überwältigende Übermacht der Truppen unter Beteiligung von möglichst vielen Alliierten der Schlüssel zum Erfolg war), sowie in den Medien veröffentlichte Reaktionen von ehemaligen politischen Beratern (Woodward 2004, 156) die rieten, die Aktion auf eine breitere Basis zu stellen, führten dazu, dass die Administration nachgab und dazu überging „Willige“ in eine Allianz zu scharen.

Großbritannien war traditionell Erste Wahl, Australien, Spanien, Italien und die Staaten des „Neuen Europa“ dienten nur mehr als Aufputz. Dass Frankreich und Russland ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen im Irak nicht einer amerikanisch dominierten Politik unterordnen wollten überraschte Bush, brachte ihn aber nicht von seinem Vorhaben ab.

Dass die erst kürzlich aus dem sowjetischen Joch befreiten Reformstaaten im Osten Europas dem amerikanischen Lockruf nicht widerstehen konnten, lag auf der Hand.

Deutschlands Rolle war eine schwierige: Bundeskanzler Gerhard Schröder befand sich im Wahlkampf, seine Umfragewerte waren schlecht, die Deutschen waren zu Zehntausenden gegen einen Irakkrieg auf der Strasse, die enge Anbindung an Frankreich zwang zur Rücksichtnahme.

Obwohl George W. Bush sich den Forderungen nach einer Allianz beugte, die Schlüsselrolle der UN wollte er nicht akzeptieren (Woodward 2004, 156).

Operation „Shock and Awe“

Basierend auf den UN-Resolutionen 687 (3. April 1991) und 1441 (8. November 2002) des UN-Sicherheitsrates legitimierten die USA und ihre 48 Alliierten den (völkerrechtsmäßig zumindest umstrittenen) Angriff auf den Irak am 20. März 2003.

Mit zahlenmäßig nur den halben Kräften (etwa 300.000 Soldaten) wie im vorigen Golfkrieg (etwa 660.000 Soldaten) erreichten die USA bis zum erklärten Ende der Kampfhandlungen am 1. Mai 2003 einen überraschend schnellen Erfolg.

Die US-Streitkräfte unter dem Kommando von General Tommy Franks hatten in Zusammenarbeit mit britischen Truppen die in sie gesetzten Erwartungen hervorragend erfüllt, jetzt war die Politik am Zug.

Massenvernichtungswaffen, vor allem chemische und biologische, die als Kriegsgrund dienten, wurden von irakischer Seite weder eingesetzt, noch konnten sie später gefunden werden.

Und jetzt begannen die Schwierigkeiten: Hatten die Planer um George W. Bush zuerst gehofft, von der irakischen Bevölkerung als Befreier gefeiert zu werden, sollten sie nun eines Besseren belehrt werden.

Die ethnisch-religiösen Bruchlinien, jahrzehntelang mit polizeilicher und militärischer Gewalt zusammengeklammert, klafften weit auf. Durch das Fehlen einer nationalen Integrationsfigur gelingt es zur Zeit nicht die divergierenden Interessen der Stämme, Ethnien und Religionsgemeinschaften unter einen gemeinsamen Hut zu bringen.

3.1.5 Wirtschaftliche Interessen und ihr Einfluss auf die Politik

3.1.5.1 Einleitende Bemerkung

Das Zauberwort der modernen, industrialisierten Wirtschaft heißt Wachstum. Nur eine wachsende Volkswirtschaft ermöglicht Aufbau, Aufrechterhaltung und Ausbau des Sozialstaates wie wir ihn in Europa kennen und schätzen, wie er in den USA, zumindest in rudimentärer Form, existiert.

Seit Einführung marktwirtschaftlicher Elemente und dem Aufbau demokratischer Strukturen sind Nordamerika, Europa und Teile Asiens zu einem nie zuvor in der Gesellschaft gekannten Wohlstand gekommen.

Freiheit, Wohlstand, Wachstum und soziale Sicherheit garantieren Stabilität und damit Frieden.

3.1.5.2 Die Rolle der USA in der Weltwirtschaft

Seit Ende des Kalten Krieges wurde die internationale politische Ökonomie von dramatischen Veränderungen betroffen:

- Aufstieg der Informations- oder Internetökonomie
- Triumph der neoliberalen Marktwirtschaftsideologie (Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Verringerung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft)
- Technologische Fortschritte in Telekommunikation, Logistik und Informationswissenschaft
- Revolution in Military Affairs gibt der traditionell starken US-Rüstungsindustrie neue Impulse, erhöht das militärische Machtpotential und erlaubt neues strategisches Denken

Diese Entwicklungen führten zu einer Transformation der internationalen Ökonomie, hin zu einer Ökonomie der Globalisierung (Gilpin 2001, xi - Einleitung), wobei die bedeutsame Rolle des von manchen bereits totgesagten Nationalstaates erhalten bleibt.

Die USA spielen auch im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung eine bestimmende Rolle. Noch dient der US-Dollar als Leitwährung des internationalen Zahlungssystems, noch kontrollieren die Amerikaner die bedeutendsten finanziellen Institutionen IMF und Weltbank, noch besitzen sie starken Einfluss auf das Welthandelssystem, sie spielen also eine dominante Rolle in der Weltwirtschaft.

Nicht zuletzt wegen hoher Rüstungsausgaben ist die US-Wirtschaft führend in der kostenintensiven Erforschung und Entwicklung neuester Technologien (vor allem im Informationstechnologie-Bereich) und deren Umsetzung in mit hoher Wertschöpfung vermarktbar Güter.

Auf diesem Technologievorsprung und auf der hohen Produktivität der US-Arbeitnehmer beruhen Erfolg, Ertragsstärke und damit Einfluss der amerikanischen Wirtschaftsunternehmen, vor allem der großen, weltweit agierenden Konzerne auf Gesellschaft und Politik.

3.1.5.3 Das Ringen um Rohstoffe und Märkte

Diese multinationalen Konzerne brauchen Rohstoffe um ihre Produkte zu erzeugen und Märkte um sie abzusetzen. Auf den Rohstoffmärkten wünschen sie Stabilität und günstige Einkaufspreise, auf den Absatzmärkten Kaufkraft.

3.1.5.4 Der militärisch-industrielle Komplex: Mythos oder Realität?

Präsident Dwight D. Eisenhower warnte in seiner Abschiedsrede (<http://coursesa.matrix.msu.edu/~hst306/documents/indust.html> (25.08.2004)) am 17. 1. 1961 vor einer Verflechtung der Interessen von Rüstungsindustrie, Angehörigen der Streitkräfte und Behördenvertretern auf allen Ebenen. Der militärisch-industrielle Komplex sollte keine ungerechtfertigte Einflussnahme auf Regierungsstellen ausüben dürfen.

Nachdem in der Clinton-Ära die Verteidigungsausgaben leicht gesunken sind, erhöht die Bush-Administration diese Ausgaben signifikant. Es scheint, dass sich das „*Iron Triangle*“ Kongress – Pentagon – Rüstungsindustrie über die Anschaffung neuer, teurer Waffensysteme einig ist.

Dass es die Verflechtung Rüstungsindustrie – Pentagon – Politik gibt ist unbestreitbar. Bekannte Namen von aktiven und ehemaligen Regierungsmitgliedern und viele prominente Abgeordnete im amerikanischen Senat und Kongress haben diese Verbindungen.

Exkurs: The Carlyle Group

The Carlyle Group, in einer Ausgabe des britischen Guardian als „The Ex-President’s Club“ apostrophiert, soll dafür als ein Beispiel von vielen dienen:

Die Carlyle Group ist ein 1987 von David M. Rubenstein und zwei Anwaltskollegen gegründetes, rasch wachsendes amerikanisches Beteiligungsunternehmen für institutionelle Anleger und sehr vermögende Privatleute. Heute gehört sie zu den größten Firmen der Branche mit 18,4 Mrd. US-Dollar Anlagevermögen. (<http://www.thecarlylegroup.com/eng/company/13-company735.html>) Die Gruppe verwaltet 22 Fonds mit Investitionen in nahezu allen Geschäftsbereichen, inklusive der Rüstungswirtschaft (United Defense). Ex-IBM Chef Louis Gerstner übernahm die Leitung der Carlyle Group im Jänner 2003 von Frank C. Carlucci (Verteidigungsminister unter Präsident

Ronald Reagan).

Im Berater-, Konsumenten- und Mitarbeiterstab der Firma finden sich Ex-Präsident George H. Bush, James A. Baker III (Außenminister unter Präsident George H. Bush), der britische Ex-Premierminister John Major und viele andere Prominente aus Politik und Wirtschaft aus allen Kontinenten.

Zwischen 1995 und 2001 hatte auch die Familie Bin Laden Teile ihres Vermögens bei Carlyle veranlagt. Bevor George W. Bush Gouverneur von Texas wurde, war er kurzfristig für Carlyle tätig.

Honni soit qui mal y pense.

3.1.5.5 Krieg um Öl?

Seit 1947 sind die USA nicht mehr in der Lage ihren Ölverbrauch aus eigener Förderung zu decken.

Der Bedarf für Importöl stieg kontinuierlich an und beträgt heute etwa 50% des Inlandsverbrauchs.

Öl ist ein nur begrenzt vorhandener Rohstoff und wird derzeit durch den signifikant ansteigenden Bedarf von China, Indien und Brasilien noch zusätzlich zum knappen und damit teuren Gut.

Es verwundert nicht, dass amerikanische Ölfirmen wie ExxonMobil, ChevronTexaco, und Unocal begehrlische Blicke auf kaspische und vor allem irakische Ölreserven werfen und versuchen ihren europäischen (TotalFina, BP und Shell) und russischen Konkurrenten (Lukoil, Slavneft, etc) durch Einflussnahme auf die US-Außenpolitik, Marktanteile abzujagen.

ConocoPhillips, der drittgrößte US-Ölkonzern, verhandelt derzeit, mit dem Segen des Kremls ausgestattet, über eine signifikante Ausweitung ihres Engagements bei der russischen Lukoil. (Dass es auch in Russland eine enge Verflechtung zwischen Politik und Öl/Gasinteressen gibt, zeigen die jüngsten Kreml-Bemühungen um die Zerschlagung des Jukoskonzerns und die Demontage seines Vorsitzenden, des politisch ambitionierten Oligarchen Michail Chodorkowski.)

3.1.5.6 Abschließende Bemerkung

Obwohl Regierungssprecher der Bush-Administration das Öl-Argument für die derzeitige Regierungslinie kategorisch zurückweisen, ist doch anzunehmen, dass gerade diese Überlegungen eine wichtige Rolle bei der strategischen Planung der derzeitigen und zukünftigen Außenpolitik spielen.

Noch gelingt es der Regierung Bush die Mehrheit der Bevölkerung für den Krieg gegen den Terrorismus zu mobilisieren, unter dessen Deckmantel sie die Brückenköpfe in Afghanistan und Irak als Voraussetzung für die Kontrolle und den Zugang zu diesen bedeutenden Öllagerstätten errichten konnten.

Dass in Afghanistan weder Osama Bin Laden gefasst, noch Al Qaida zerschlagen werden konnte, dass im Irak weder Massenvernichtungswaffen, noch Spuren von Terrornetzwerken gefunden wurden, hätte ausreichen müssen, die breite Öffentlichkeit aus ihrem patriotischen Taumel zu reißen.

Dass dadurch die Terrorismusgefahr nicht vermindert, sondern durch unsensibles Verhalten und Vorgehen noch vergrößert wurde, indem die mit den Terroristen offen oder insgeheim sympathisierenden, somit auch legitimierenden, marginalen gesellschaftlichen Gruppierungen weiteren Zulauf bekamen, ist amerikanischen Analysten offenbar entgangen.

George W. Bush scheint es mit Karl Lueger zu halten: Wer böse ist, bestimme ich. Nach diesem Motto wird der Umgang mit Staaten, die Menschenrechtsverletzungen nicht nur tolerieren sondern in ihrem Programm haben (wie China), die am internationalen Drogenhandel partizipieren (wie Syrien) und die Kriege gegen ihre Minderheiten führen (wie Russland) der diplomatischen Rason untergeordnet.

3.1.6 Die Internationalen Organisationen

Hier werden bewusst nur die Rollen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union genauer untersucht und die NGO's nur gestreift. Den Autoren ist jedoch selbstverständlich bewusst, dass dies nur ein kleiner Auszug aller agierenden Akteure ist, jedoch wäre eine vollständige Analyse sämtlicher Beteiligter zu umfassend und für die Thematik nicht zielführend.

3.1.6.1 Die Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen haben die Aufgabe einerseits friedenserhaltende Maßnahmen zur Konfliktvermeidung zu setzen, andererseits die humanitären Hilfsprogramme ihrer Suborganisationen zu koordinieren und durchzuführen.

Betrachtet man das Irakszenario fokussiert auf diese beiden Kernaufgaben, so könnte man davon ausgehen, dass der Zweck den die UNO zu erfüllen hat, gescheitert wäre. Diese Simplifizierung entspricht jedoch nicht den Tatsachen und wäre reine Polemik und eine verkürzte Darstellung der Realität. „*Die Vereinten Nationen haben das ihnen mögliche getan*“ sagte der Sicherheitspolitische Experte Dr. Peter Pilz im Experteninterview. Tatsächlich hat die UNO die Möglichkeiten, welche sich aufgrund der Charta der UN ergeben, in vollem Umfang ausgenutzt.

Nach Auffassung der Autoren hat die USA völkerrechtswidrig, ohne die nötige Legitimation seitens der UN, unterstützt von Großbritannien und Spanien, den Irakkrieg begonnen.

Die UNO forderte in der Resolution 1441 den vollständigen Abbau des Mittel- und Langstreckenwaffenarsenals sowie die Offenlegung der vorhandenen atomaren, biologischen und chemischen Waffen des Irak innerhalb einer bestimmten Frist. Falls dieses Ultimatum nicht erfüllt wird, so sieht die Resolution *ernste Konsequenzen bei fortgesetzter Verletzung der Verpflichtungen* vor. (UN-Resolution 1441, Punkt 13, S. 5)

Völkerrechtsexperten sind der Ansicht, dass diese Resolution für eine Kriegshandlung gegen den Irak nicht als ausreichend anzusehen ist, da es einer zweiten Resolution bedurft hätte, in der explizit der Angriff auf den Irak durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abgesegnet gewesen wäre.

Die Bush-Administration unternahm große Anstrengungen, um den Weltsicherheitsrat zu einem solchen Schritt zu bewegen. Trotz massiver Druckausübung durch die USA konnte eine derartige Resolution nicht erreicht werden. Daher ergriff George W. Bush selbst die Initiative und führte einen Angriffskrieg gegen den Irak mit der Unterstützung einer so genannten „Koalition der Willigen“ durch.

Im Kriegszeitraum war die UN allerdings mehr teilnehmender Beobachter, denn aktiver Akteur. Ihre Handlungen beschränkten sich hauptsächlich auf die zweite Kernkompetenz der UN – der humanitären Hilfe für die Region im Nahen Osten. Allerdings wurde dieser ein schnelles Ende

bereitet. Durch die Anschläge auf das UNO-Hauptquartier in Bagdad und die Ermordung des Spitzendiplomaten und Sondergesandten der UNO, Sergio de Mello, reagierte die Organisation sofort und zog alle ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Irak ab, bis die Sicherheitslage eine Rückkehr ermöglichen würde.

Diese humanitären Hilfsaufgaben dürfen aber nicht als gering erachtet werden. Die Verteilung von Lebensmitteln an die Bevölkerung, die medizinische Hilfe und die Medikamentenversorgung sowie das Programm „Oil-for-Food“ sind als wichtige Maßnahmen zu sehen, um die Bevölkerung vor Ort am Leben erhalten zu können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die USA im Krieg die Hauptrolle spielen und der zentrale Akteur sind. Nach dem Krieg, also beim Wiederaufbau und bei der Unterstützung des Landes beim Demokratisierungsprozess und der Restabilisierung, wird die UNO die Hauptrolle zu spielen haben. Wenn es etwa darum geht, dem Land zu helfen, eine adäquate Verfassung auszuarbeiten oder freie Wahlen zu organisieren. An diesen Zielen lässt auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan keinen Zweifel, jedoch hält er den Einsatz einer Friedenstruppe unter UN-Mandat in der derzeitigen Situation für unrealistisch. *„Ja wir wollen im Irak eine Rolle spielen. Aber die Sicherheitslage ist dermaßen heikel, dass ich es derzeit nicht verantworten kann, meine Mitarbeiter wieder nach Bagdad zu schicken. [...] Blauhelme im Irak sind nicht realistisch“* (Spiegel vom 15. Dezember 2003, 117).

3.1.6.2 Die Europäische Union

Die Europäische Union verhielt sich beim Irakkrieg zurückhaltend. Trotz der sehr großen Partizipation an der Weltwirtschaft, ist die Stellung Europas im Falle der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vergleichsweise gering.

Ein geeintes Vorgehen der europäischen Staaten, zur Thematik des Iraks war nicht erreichbar. Dadurch war es dem US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld möglich, pressewirksam Europa in zwei Blöcke, mit unterschiedlichen Auffassungen zum Irakkrieg aufzuspalten.

So vertraten etwa Staaten wie Frankreich und Deutschland die Linie, dass sich Europa nicht an den kriegerischen Handlungen gegen den Irak beteiligen sollte. Im Gegensatz dazu beteiligten sich Spanien und England aktiv am Kriegsgeschehen und unterstützten das Vorgehen der USA gegen

den Irak aktiv. Vor allem das Vorgehen des Premierministers Großbritanniens Tony Blair, durch die enge Bindung USA – Großbritannien ist historisch zu sehen.

„Großbritannien brach als erstes europäisches Land aus der Einheitsfront der Indifferenz aus und stellte sich ohne Umschweife und Einschränkungen auf die Seite der USA. Tony Blair machte deutlich, dass seine Regierung bereit war, einen amerikanischen Feldzug gegen Saddam Hussein politisch zu verteidigen und militärisch mitzutragen, und zwar auch wenn der Krieg nicht für die Entwaffnung, sondern für den Sturz Saddams und ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrats, also gegen das geltende Völkerrecht, geführt werden würde.“ (Müller 2003, 169)

Hier nimmt Großbritannien eine Sonderstellung ein, da es als nützlicher, weil ungeheuer loyaler Juniorpartner mit einigen brauchbaren Fähigkeiten ausgestattet wird und sich dadurch vom restlichen Europa, wie auch bei vielen anderen Themen, abkoppelt (Müller 2003, 156).

Auch die Versuche, den für außenpolitische Angelegenheiten der Europäischen Union zuständigen ehemaligen UN-Generalsekretär Javier Solana als Vermittler zwischen den USA und dem Irak einzusetzen, wurden negiert, bzw. wurde ihnen keinerlei Bedeutung beigemessen. Das wird auch dadurch unterstrichen, dass beispielsweise bei einer Konferenz im Nahen Osten der Vertreter der Europäischen Union keine Beachtung und seinen Aussagen keinerlei Relevanz beigemessen wurde.

Das Problem Europas ist darin zu sehen, dass die zwar existierende GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) vorhanden ist, sie jedoch viel zu wenig ausgebaut und ihr weltweit zu wenig Beachtung beigemessen wird. Die Weiterentwicklung dieses Projektes wird eine der Hauptaufgaben, der nun erweiterten Europäischen Union darstellen, damit auch die EU als gewichtiger militärischer und politischer Gegenpart der USA in Zukunft bei Konfliktlösungen ernst genommen wird. Dass dies bereits funktioniert hat, wenn Europa seine diplomatischen Kräfte bündelt, zeigt sich im Erfolg des Abschlusses der Verträge von Ottawa (Anti-Personen-Minen) und Kyoto (Klimaschutz) oder auch die Gründung des internationalen Strafgerichtshofes (Müller 2003, 160). Solange keine gemeinsame Linie gefunden werden kann, ist ein Auftreten Europas als wichtiger weltpolitischer Akteur unmöglich, vor allem dort wo es um weltweit oder regionale Kriegs- und Friedensszenarien geht – wird aus der europäischen Politik wieder eine nationalstaatszentrierte.

Seitens des Irak wird jedoch eine wesentlich aktivere Rolle im Irakszenario gefordert. So appelliert etwa der irakische Außenminister Hschjar Sebari zu Beginn des Treffens der 25 Außenminister der

EU in Brüssel, dass die Union den Irak beim Wiederaufbau tatkräftig unterstützen soll. Die EU sei dazu auch prinzipiell bereit. Zum jetzigen Zeitpunkt unterstützt die EU den Irak bereits mit humanitärer Wiederaufbauhilfe von 305 Millionen Euro. Dieses Volumen könnte, abhängig von der sich entwickelnden Sicherheitslage im Irak noch erhöht werden (Die Welt, Ausgabe 13. Juli 2004).

3.1.6.3 NGO's

Die Nichtregierungsorganisationen und hier vor allem die Suborganisationen der Vereinten Nationen wie etwa UNHCR – das Flüchtlingshochkommissariat, das Welternährungsprogramm (WFP), UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind im Irak aktiv. Vor allem in den Vorstadien, also vor dem unmittelbaren Kriegsausbruch arbeiteten diese Organisationen unbemerkt, aber auf Hochtouren, um auf eine Katastrophe vorbereitet zu sein. (Der Standard, Ausgabe vom 3. April 2003, 35)

Obwohl diese Organisationen einen entscheidenden Beitrag zum „Weltgefüge“ leisten, sind sie nicht als bestimmende Akteure zu sehen.

3.1.7 Die Medien als „Vierte Gewalt“

In einer Parlamentsrede sprach Edmund Burke 1774 von den Medien als Vierte Gewalt, die er als wichtigste aller Staatsgewalten sieht. Diese Darstellung finden wir sehr passend, da die Medien tatsächlich mit einer sehr großen Machtfülle ausgestattet sind und die Bevölkerung durch das System der Berichterstattung nachhaltig beeinflusst wird.

3.1.7.1 Medien als Meinungsbildner und -verstärker

Medien nehmen in unserer hochtechnologisierten Gesellschaft eine besondere Stellung ein. Die Bürgerinnen und Bürger werden nachhaltig durch die Berichterstattung der medialen Landschaft beeinflusst. Durch die raschen Übertragungsmöglichkeiten – in Zeiten von Internet und Satellitenübertragung – können Nachrichten sehr rasch der Bevölkerung vermittelt werden.

Das Problem dabei ist, dass Printmedien, Radio und Fernsehen nur zu einem sehr geringen Teil objektiv und wertfrei berichten, weil sie von bestimmten Gruppierungen und Lobbys beeinflusst

werden. So geschieht dies auch im Irakkrieg. Die Medien in den USA berichten aus ihrer „patriotischen“ Sichtweise ganz anders, als vergleichbare Medien aus Europa, oder kontroverse Berichterstattungen in den arabischen und islamischen Ländern. Dieser Umstand erklärt sich einerseits aus der Tatsache, dass ein Amerikaner natürlich erwartet, dass das Vorgehen der USA als richtig dargestellt wird und ein Iraker selbstverständlich davon ausgeht, dass die Abwehrreaktion des Irak die richtige ist und somit auch die Medien auf diese Art und Weise berichten müssen.

Würden die Printmedien diesem ungeschriebenen Gesetz nicht Rechnung tragen, wären Auflagenverluste und Leserabwanderungen die Folge. Auf der anderen Seite beeinflussen die Medien bewusst die Bevölkerung, um sie in eine bestimmte Richtung lenken zu können. Dies ist vor allem bei nicht freien, also von den Regierungen gelenkten Medien der Fall. Die Regierungen setzen die Print- und elektronischen Medien ein, um ihren Zwecken zu dienen und den Lesern, Hörern oder Sehern ihre jeweiligen Intentionen und Positionen zu vermitteln.

Bezugnehmend auf die Themenstellung der Akteursbeziehungen kann man sagen, dass Medien eine gewichtige Rolle im Akteursgefüge einnehmen, da sie durch ihre Macht der Information oder Desinformation dazu in der Lage sind, eine große Zahl von Menschen in ihrer Meinungsbildung nachhaltig zu beeinflussen.

3.1.7.2 Medienanalyse österreichischer Printmedien

Die im Punkt 3.1.7.1 angestellten theoretischen Überlegungen sollen nun anhand einer Medienanalyse von zwei in Österreich beliebten Printmedien praktisch nachvollzogen werden.

Gewählte Medien:

„Der Standard“ und „Die Presse“ im Zeitraum von 30. April 2004 bis 17. Mai 2004

Begründung:

„Der Standard“ und „Die Presse“ gehören zu den auflagenstärksten, täglich erscheinenden, österreichischen Qualitätszeitungen. Sie tragen wesentlich zu der öffentlichen Meinungsbildung und Informationsvermittlung, insbesondere in den höheren Bildungsschichten der österreichischen Bevölkerung bei.

Fragestellung:

Inwiefern vermitteln die untersuchten Medien die Stellung der USA als bestimmender Akteur im Irak-Konflikt?

In dem untersuchten Zeitraum fand neben Bombenanschlägen im Irak auch die Aufdeckung des Folterskandals im Gefängnis von Abu-Ghraib statt. Beide Blätter berichteten ausführlich darüber. So findet sich bei keiner der beiden Zeitungen eine einzige Ausgabe in der nicht über die Vorkommnisse im Irak publiziert wird.

Es ist zu bemerken, dass in der „Presse“ der Irak-Thematik keine einzige Schlagzeile gewidmet ist, sondern hauptsächlich innenpolitische Themen diese vereinnahmen, so bleiben die Zustände in diesem Land doch von höchstem Interesse. In rund der Hälfte der Ausgaben findet sich zumindest ein Artikel auf der Titelseite, detaillierte Informationen und etliche Reportagen ergänzen die Berichterstattung. Dies gipfelt in der Ausgabe der „Presse“ vom 14. Mai 2004, in der auf rund vier Seiten die Zustände im Irak und im Umfeld der Bush-Administration geschildert werden.

Im gleichen Zeitraum finden sich im „Standard“ allein im Ressort „Internationales“ fünfundsechzig Artikel die sich mit dem Irakkrieg bzw. seinen Folgeerscheinungen befassen. Viermal wurde der Irak-Konflikt zum Thema des Tages und auch in der Rubrik „Kommentar & Kolumne & Kopf des Tages“ des Standards, der eigenen Angaben zufolge darauf Wert legt Fakten und Meinungen zu trennen, finden sich weitere 21 Artikel zum Thema. Die ebenfalls große Anzahl an Leserbriefen, die darauf Bezug nehmen zeugen von einem starken Interesse der Öffentlichkeit.

Zu beiden Zeitungen ist zu sagen, dass sie, soweit man das als Leser beurteilen kann, verhältnismäßig neutral berichten.

Blickt man auf vergleichbare Analysen ausländischer Massenmedien, so wird diese Besonderheit deutlich. In den Vereinigten Staaten ist die Wahrscheinlichkeit, einen Fürsprecher des Kriegs im Fernsehen zu sehen etwa sechsmal so hoch wie jene, einen Kriegsgegner zu sehen. Nun mag dieser Umstand nicht weiter überraschen, bezieht die Führung dieses Landes als Kriegsbefürworter doch klar für den Krieg Stellung. Das Faktum, dass die Medien, just in dieser Nation, die sich als Bewahrer und Verteidiger der Meinungsfreiheit und –vielfalt sieht, prokriegerische Einstellungen in solchem Ausmaß an die Bevölkerung weitervermitteln, kann als bewusst gelenkte Manipulation der öffentlichen Meinung durch die politischen Machthaber interpretiert werden. Indiz dafür ist die Tatsache, dass die Bush-Administration unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001

bei der Benennung von vermeintlich Schuldigen neben Osama Bin Laden und seinem Terrornetzwerk immer wieder Saddam Hussein und den Irak erwähnten, wobei bis heute nicht nachgewiesen ist - und stark angezweifelt werden darf - ob es zwischen ebengenannten Personen jemals Kontakte irgendwelcher Art gegeben hat. Die Regierung der USA war also die erste, die den Irak, im Rahmen des von der Bush-Administration gewählten Begriffes der „Achse des Bösen“ – gemeinsam mit dem Iran und Nordkorea – als nicht länger tolerierbaren Aggressor definierte und es verstand diese Haltung ihrer Bevölkerung zu transportieren.

Als gegenteiliges Beispiel ist Deutschland anzuführen. In einem Vergleich der Irak-Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten mit der des arabischen Nachrichtensenders Al Jazeera kamen Experten zu dem Schluss, dass die Militäraktionen der USA in allen quotenstarken Nachrichtensendungen erheblich negativer dargestellt wurden, als in jenen des arabischen Senders, der im Bezug auf dieses Thema nicht gerade für seine objektive Berichterstattung bekannt ist.

Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse verdeutlicht sich die bemühte Parteilosigkeit der „Presse“ und des „Standard“. Eine Unterscheidung der Artikel in den beiden Tageszeitungen in solche, die als proamerikanisch und antiamerikanisch bezeichnet werden können, war nicht zielführend, da beide Haltungen, soweit sie zum Ausdruck kamen in der überragenden Mehrheit der Fälle gleichzeitig Erwähnung fanden.

Wurden dennoch mehr Kritikpunkte am amerikanischen Vorgehen erkennbar, so müssen diese einerseits unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, dass an die Regierung eines militärisch überlegenen, demokratischen Staates höhere moralische Ansprüche gestellt werden, als an Attentäter, Terroristen oder nicht näher identifizierte Befreiungskämpfer, andererseits aber auch, dass Aktionen einer Rechtfertigung bedürfen, Reaktionen hingegen in den Aktionen bereits ihre Begründung finden. Die oftmals mangelnden, fadenscheinig erscheinenden oder gänzlich fehlenden Erklärungen von Aktionen seitens der USA sind Ursache für die an ihnen festgestellte Kritik. Diese Forderungen nach Rechtfertigung seitens der Vereinigten Staaten ist ein Hinweis auf deren aktive Rolle und sollte nicht als Parteiergreifung für die gegnerische Seite missinterpretiert werden.

Als Beispiel dient hier ein Artikel des „Standard“ mit dem Titel „Szenen aus der tiefsten aller Höllen“ (Ausgabe vom Montag, 3. Mai 2004, S. 5). Bezug nehmend auf die Foltervorkommnisse im

Gefängnis von Abu-Ghraib wird hier die Aussage eines Irakers wiedergegeben der, befragt nach den US-Invasoren, diese mit dem Satz "Sie sind Söldner, und sie sind alle schwul", beschreibt. Dieser Satz bleibt vom „Standard“ unkommentiert. Nicht jedoch, weil das Blatt die Meinung des Irakers teilt, oder diese Pauschalverurteilung der Wahrheit entspricht, sondern weil sie als emotionale Reaktion verständlich ist.

Nun könnte man argumentieren, dass die folternden Soldaten ihrerseits nur aufgrund der widrigen Umstände und dem enormen Stress mit Misshandlungen reagiert haben. Dieser Schluss ist jedoch nicht zulässig, da sie sich selbst und freiwillig in diese Situation gebracht haben bzw. sollten sie auf Befehl gehandelt haben, dies eine unerzwungene Aktion der US-Kräfte darstellte.

Bei der weiteren Analyse der beiden Zeitungen treten einige Auffälligkeiten zu Tage. Entgegen möglicher Erwartungen findet das Thema Öl in Zusammenhang mit den vermuteten Kriegszielen kaum noch Erwähnung. Sucht man inhaltliche Unterschiede zwischen den beiden Blättern, so lässt sich bei der „Presse“ eine größere Konzentration auf die Vorgänge um Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ausmachen, während beim „Standard“ ein überproportionales Augenmerk auf den weltweiten, insbesondere auf den in Europa anschwellenden Antiamerikanismus gelegt wird. Auffallend ist auch die beim „Standard“ oftmalige Hinzuziehung von Umfragen zur Untermauerung aktueller Stimmungsbilder. Insgesamt erweckt der „Standard“ in einem höheren Ausmaß den Eindruck, dass der Druck der Öffentlichkeit einen (mit)entscheidenden Einfluss auf die weiteren Geschehnisse habe.

Trotzdem lassen beide Printmedien keinen Zweifel an der realpolitischen Situation, dass die bestimmende Macht im Irak-Konflikt die USA sind.

Selbst die zahlreichen Anschläge schaffen es nicht die Vereinigten Staaten und speziell die Bush-Administration als zentralen Agitator zu verdrängen und etwa „Terroristen“, Ethnien, religiöse Gruppierungen, die irakische Bevölkerung, oder selbst die UNO, als aktiven Gestalter der Zukunft auftreten zu lassen. Daher verwundert es nicht, dass die Berichterstattung nach wie vor auf die USA und George W. Bush zentriert ist.

Fazit:

Zusammenfassend lässt sich anhand obiger Medienanalyse feststellen, dass die Berichterstattung in Bezug auf die Vorgänge im Irak überaus sachlich gestaltet wurde. Zwar wurden mehr Beiträge und

Fotos über die Handlungen der US-Armee und die politischen Vorgänge in den Staaten veröffentlicht, als es über die irakische Zivilbevölkerung der Fall war, dabei ist aber zu berücksichtigen, dass dies aufgrund des Umstandes geschah, dass zumindest im für uns relevanten Untersuchungszeitraum die US-Administration als handlungsbestimmender Akteur in Erscheinung getreten ist. Es ist zu konstatieren, dass sich eine über weite Strecken große Deckungsgleichheit in der Art der Informationsvermittlung und der Fokussierung auf die USA in beiden Printmedien erkennen lässt. Diese Tatsache verstärkt das Ergebnis, insbesondere durch den Umstand, dass mögliche andere Akteure, wie z.B. die UNO, sowohl im „Standard“ als auch in der „Presse“ eine auffallend geringe Bedeutung beigemessen wurde.

3.1.7.3 Zusammenfassung des Experteninterviews

Auch Politiker tragen wesentlich zur Meinungsbildung einer Bevölkerung bei. Deshalb haben wir den anerkannten Sicherheitsexperten und Friedenssprecher der Grünen, Dr. Peter Pilz zu einem Interview gebeten. Im Annex ist die gesamte Interview-Transkription vorhanden, hier beschränken wir uns auf die wesentlichen Kernaussagen.

Kernaussagen im Interview

Zur Theorie der „Neuen Kriege“:

Das Theorem von den neuen Kriegen wird von Pilz nicht anerkannt; er führt diese Kriege auf alte Motive zurück (wirtschaftliche Interessen, Imperialismus, etc.). Stattdessen weist er auf die neue militärische Doktrin („National Security Strategy“) der USA hin und einer Tendenz zum Ersatz des Völkerrechts durch ein „Recht des Stärkeren“ (Pilz, 25. 5. 2004:1).

Zum Völkerrecht:

Zwar bejaht Dr. Pilz unsere Vermutung, dass Völkerrecht auch von der völkerrechtlichen Praxis abhängig ist, sieht aber das Problem 1) bei der mutwilligen Missachtung desselben durch die USA (Erstmaligkeit seit ´45) 2) in der modernen Entwicklung des Völkerrechts, welches a) die Menschenrechte an die Spitze stellt und damit die staatliche Souveränität im Falle der Verletzung derselben aussetzt und b) neue Institutionen (internationaler Gerichtshof), sowie c) nationale

Verträge kennt, die das völkerrechtliche Gewohnheitsrecht zunehmend ersetzen. Pilz sieht die Aufgabe der internationalen Durchsetzung des modernisierten Völkerrechts in den Händen der Europäischen Union.

Zur Realismustheorie nach Hans Morgenthau:

Dr. Pilz bestreitet den Einfluss der Nationalstaaten als bedeutendste internationale Akteure und verweist in diesem Zusammenhang auf die beiden neuen Ebenen supra- und internationaler Organisationen, sowie „große zivile Organisationen“ (vermutlich sind damit NGOs gemeint) und „Bewegungen und bestimmte Formen der Öffentlichkeit (beide Pilz, 25. 5. 2004: 2).“

Zur Rolle der EU:

Die fehlende GASP wird kritisiert: „[...] das heißt es gibt keine europäische Position, es gibt keine europäischen Vertreter, es gibt gar nichts in Bagdad.“, so Dr. Pilz. Anstelle dessen hätte die EU eine Irakinitiative starten sollen, bzw. einen „verbundenen Versuch“, die gesamte Region zu befrieden: Als „Schlüsselgeschichte“ (beide Pilz, 25. 5. 2004:2) sieht er Palästina, ebenfalls müsse das Kurdenproblem gelöst und die positiven Entwicklungen der Türkei und Syriens ermöglicht werden. Er bezeichnet dies als „vernetzten Lösungsansatz“ und gewünschten Kern einer etwaigen „europäischen Friedensinitiative“(beide Pilz, 25. 5. 2004: 3).

Zu diesem Zweck solle die EU durch Sanktionen Druck auf die Regierung Sharon machen, das Verhältnis zur Türkei klären, die kurdischen Interessen gewährleisten (Gründung von Kurdistan?) und letztlich schnelle Autonomie für den Irak und unverzüglichen Rückzug der amerikanischen Truppen fordern.

Zur Rolle der UNO:

Die UNO habe das ihr Mögliche getan, allerdings verbleibe sie bisher eher in der Rolle des Kommentators, anstatt die Strategien im Irak vorzugeben. Wichtig sei, eine weitere Instrumentalisierung durch die USA zu verhindern und die Bedingungen des Abzugs der USA und der Autonomie des Irak durchzusetzen, bevor von einem UNO-Einsatz gesprochen werden könne, meint Peter Pilz.

Zum Themenkomplex „Öl“:

Dr. Pilz unterscheidet die amerikanische Industrie in einen „fossilen Block“ und einen „nichtfossilen Block“. Der fossile Block („Erdölindustrie, Petrochemie, Fahrzeugindustrie, Teile des Maschinenbaus und große Teile der traditionellen Rüstungsindustrie“, alle Pilz, 25. 5. 2004: 4) sei eben an der Macht und nutze staatliche Mittel, sowie die Mittel anderer beteiligter Staaten, um damit Kriege zu führen und ihre Marktposition zu sichern.

Persönlichen Motive seien aufgrund der traditionellen Abhängigkeit amerikanischer Politiker von der Wirtschaft durchaus zu unterstellen. Sie sei es auch, die den amerikanischen Präsidenten veranlasse, Außenpolitik zu machen, da Innenpolitik durch die Interessenskonstellationen amerikanischer Unternehmen verunmöglicht werde.

Buchanalyse

Dr. Pilz beschreibt im ersten Teil seines Buchs „Mit Gott gegen alle“ (2003) das Verhalten der einzig verbliebenen Supermacht USA nach dem Kalten Krieg, aber mit besonderem Fokus auf die Geschehnisse in jüngerer Zeit und versucht dadurch zu beweisen, dass die Vereinigten Staaten bereits langfristig, vor allem aber unter der George W. Bush-Administration endgültig begonnen haben, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen, um eine weltweite Hegemonie der USA durchzusetzen.

Zu diesem Zweck beleuchtet der Autor die Fälle, in denen die USA bereits unilateral gehandelt haben: Bosnien (unter Clinton!) (Pilz 2003, 97) und besonders den Irak und seine Vorgeschichte. Des Weiteren die Gelegenheiten, bei denen die Vereinigten Staaten eine (völkerrechtliche) Entwicklung untergraben haben, indem sie u. a. mit so genannten ‚Schurkenstaaten‘ gemeinsam abstimmten: Die Vereinigten Staaten wandten sich gegen das Kyoto-Protokoll, den internationalen Strafgerichtshof, Verträge über das Verbot von chemischen und biologischen Waffen, Landminen, Folter; und auch gegen ein Atomwaffentestverbot und Rüstungskontrolle (Pilz 2003, 103).

Außerdem werden Staaten angeführt, in denen eine demokratische Entwicklung jenseits der ehemaligen zwei Blöcke durch Eingreifen der USA verhindert wurde: Iran, Guatemala, Indonesien, Vietnam, Griechenland, Chile, Afghanistan u.a.m (Pilz 2003, 36). Auch die Behinderung der

Entwicklung der EU durch zahlreiche Maßnahmen, wie etwa eine neue Aufgabenstellung für die überflüssig gewordene NATO, um die Etablierung eines europäischen Verteidigungsbündnisses zu verunmöglichen, zieht Pilz zur Erschwerung der Beweislast heran.

Der 11. September 2001 habe schließlich ein bereits laufendes Programm der Aufrüstung legitimiert, bzw. seien die Anschläge in New York zu diesem Zweck ausgenützt worden.

Der Irakkrieg wird zu einem guten Teil auf die Öl-Interessen der Bush-Administration zurückgeführt und die persönlichen Verbindungen von Bush, Cheney, Rice und Co. werden aufgezeigt. (vgl. auch Punkt 3.4.2 dieser Arbeit)

Begründet wird die Abhängigkeit der amerikanischen Politik von der Wirtschaft einerseits durch die Struktur ihrer Parteienlandschaft und der Tatsache, dass eine sozialdemokratische Bewegung in Amerika nie Fuß gefasst hat; andererseits, dass die Spendengelder zur Wahlkampffinanzierung beinahe jeden Politiker, sei er nun republikanisch oder demokratisch, bestimmten Lobbys verpflichten.

Im zweiten Teil seines Buchs, betitelt „Drei Alternativen“ (Pilz 2003, 203), schlägt Dr. Pilz Auswege aus der derzeit so verfahrenen Situation der Welt vor: Energiewende, freie Entwicklung und Globales Recht. Das Kapitel über die Energiewende schlägt den Ausstieg aus der Erdölwirtschaft vor, da technischer Fortschritt es möglich mache und das Ökosystem es verlange. Freie Entwicklung solle stattfinden, weil der wirtschaftliche Liberalismus nicht allorts als das Allheilmittel zur Beseitigung von Unterentwicklung gelten könne und in der Tat Staaten mit einer protektionistischen Wirtschaftsform oft eine positivere Entwicklung aufzeigen, als liberalisierte Staaten. Unter globalem Recht verstehe er zuletzt eine Globalisierung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte u.a. Dazu müsse die UNO sanktionsfähig gemacht und der internationale Gerichtshof überall, auch in den Vereinigten Staaten akzeptiert bzw. ratifiziert werden.

Im dritten und letzten Teil des Buchs schlägt „Die Stunde Europas“ (Pilz, 2003: 239). Hier wird beschrieben, auf welche Art und Weise sich amerikanische und europäische Politik entfremdet haben und dass Europa als Reich der Vernunft etabliert werden soll, das auf Demokratie, Solidarität, Autonomie der EU und einer gleichberechtigten Sicherheitspartnerschaft mit den USA aufgebaut werden soll.

Rückschlüsse auf die theoretische Basis

Vergleicht man die Ansichten von Dr. Peter Pilz mit denen des bereits etwas veralteten, konservativen Realisten Morgenthau, so tun sich gewaltige Abgründe auf.

Zunächst steht die These der ‚Staaten als einzig bedeutende Akteure der internationalen Beziehungen, die bei Morgenthau eine zentrale Bedeutung hat, auf dem Prüfstand: Er sieht die Stellung der Nationalstaaten als verändert, denn sie hätten durch die Schaffung neuer Ebenen der Politik, nämlich die der inter- und supranationalen Organisationen, sowie Bürgerbewegungen und neue Formen der Öffentlichkeit an Bedeutung verloren.

Das Theorem, dass *„In Abwesenheit einer Weltregierung Staaten aus Selbsthilfegründen immer kriegsbereit sein müssen“* (Morgenthau, 1985) findet bei Pilz kein direktes Pendant, allerdings wird in Zusammenhang mit der EU davon gesprochen (Pilz 2003, 250), dass Neutralität durch Solidarität ersetzt werden soll, d.h., dass Europa einen spürbaren militärischen Einsatz bei Kriseninterventionen zeigt und sich dabei jeweils durch ein UNO-Mandat absichert. Diese Sicht widerspricht allerdings der ‚ständigen Kriegsbereitschaft‘ Morgenthaus, weil dieser Terminus auch eine ständige (auch politisch gefährliche) Mobilisation suggeriert, die mit der UN-Charta und dem Sinn einer europäischen Sicherheitspartnerschaft wohl kaum in Einklang zu bringen ist.

Betrachtet man die machiavellistische Aussage Morgenthaus, wonach *„Macht nicht nur Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck ist“* (Morgenthau, 1985), so könnte man hier zu einer differenzierteren Perspektive kommen: Die USA verfolgen auf der einen Seite mit ihren von Dr. Pilz unterstellten Weltherrschaftsplänen genau so eine Strategie, die den Sinn des Machterwerbs doch relativ eindeutig in die Richtung einer Art Imperialismus rückt. Gerade der Begriff Imperialismus beinhaltet in seiner reinsten Form aber eben diese Vorstellung von Macht zum Zwecke ihrer selbst. Andererseits ist genau das einer der Punkte, der nach Dr. Pilz durch die Stärkung und das Mündigwerden der EU bald der Vergangenheit angehören soll. Er sieht die Menschenrechte an der Spitze, folglich muss Macht als Mittel zur Durchsetzung der Menschenrechte, Politik für die Menschen, nicht für Konzerne, das Ziel und die Zukunft sein.

Die Aussage, dass *„Internationale Beziehungen in erster Linie ‚Arenen‘ für Konflikte, nicht für Kooperationen sind“* wurde von Dr. Pilz im Interview als unrichtig zurückgewiesen.

Das pessimistische Weltbild Morgenthau und die Unmöglichkeit eines Wandels der menschlichen Natur werden eben durch die von Dr. Pilz vorgelegten Ansätze konterkariert, in denen ja grundsätzlich vom Gegenteil, nämlich der Veränderbarkeit der Umstände, ausgegangen wird.

Der neorealistische Ansatz Joseph S. Nyes lässt sich dagegen viel besser mit den Aussagen und Thesen von Dr. Pilz vereinbaren, wenn auch die einzelnen Thesen (vgl. Theoriekapitel) sehr allgemein, um nicht zu sagen schwammig, anmuten und die Intention dahinter verborgen zu bleiben scheint.

Insgesamt ist festzuhalten, dass der realistische Ansatz Morgenthau eher nicht den Vorstellungen von Dr. Pilz entspricht, aber dass ein solches Verhalten den USA sicherlich unterstellt wird. Das bedeutet, dass der realistische Ansatz durchaus für die Erklärung des amerikanischen Verhaltens vor, im und nach dem Irakkrieg herangezogen werden kann. Allerdings sollte dieser Strang durch die Hinzunahme der politischen Tradition in den USA, der persönlichen Verstrickungen der Bush-Administration in das Öl-Geschäft und eine Sicht über eine längere historische Periode, welche das Verhalten der USA in der Vergangenheit beleuchtet, zu einem Gesamtbild vervollständigt werden.

Dazu bedarf es aber dennoch nicht des Wiederkäuens der Verfehlungen der USA in den letzten hundert Jahren, da dies nur dazu benutzt wird, ein schlechtes Bild von Amerika zu zeichnen, das in dieser Weise mit dem Irakkonflikt nicht das geringste zu tun hat. Außerdem haben viele andere Staaten in derselben Periode zwar nicht so viele, aber wahrscheinlich ebenso schwerwiegende Verfehlungen begangen; man denke in diesem Zusammenhang beispielsweise an Großbritannien, Deutschland oder sogar Österreich. Daher sind solche Stimmungsmache populistisch und zu wenig selbstreflexiv. Ansonsten ist das Buch unserer Meinung nach gut recherchiert.

3.1.8 Conclusio/Zusammenfassung

Zusammenfassend möchten wir nochmals auf unsere Hauptthesen eingehen und die jeweiligen Forschungsergebnisse und Schlussfolgerungen in dem dementsprechenden Subkapitel darlegen.

3.1.8.1 Demokratisierung und Stabilisierung im Irak?

War der Irak unter Saddam Hussein in den Augen der Bush-Administration eine Gefahr für die Sicherheit der USA gewesen, so ist der wegen Partikularinteressen der von den Amerikanern an der Macht beteiligten Gruppierungen auseinander brechen zu drohende Irak heute eine *Gefahr für die Stabilität in der Region*.

Die israelische Politik der Unterdrückung der Palästinenser, die trotz vieler militärischer Erfolge zu keiner Entschärfung des Problems beigetragen hat, die eigene Erfahrung in Vietnam, die der Sowjets in Afghanistan sowie die derzeitige russische Gewaltpolitik in Tschetschenien, die nur zu einer Verschärfung und Ausweitung des Konflikts auf weiteres russisches Territorium geführt hat und führt, sollten als Mahnung dafür dienen, dass militärisches Eingreifen ohne klare, alle Beteiligten möglichst zufriedenstellende politische Lösungsansätze zum Scheitern verurteilt ist.

3.1.8.2 *Krieg gegen den Terror?*

Dass die Welt heute um einen brutalen Despoten ärmer ist, ist begrüßenswert, das eigentliche *Kriegsziel*, die USA vor terroristischen Anschlägen sicherer zu machen, *wurde nicht erreicht*. Im Gegenteil, durch die unsensible Vorgangsweise der amerikanischen Regierung gegenüber arabischen und muslimischen Wertvorstellungen, ist die *Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit* durch marginalisierte islamistische Extremisten *gestiegen*.

Es ist zu befürchten, dass die eigenwillige Interpretation des Völkerrechts in der Bush-Doktrin die zum Bruch des Gewaltmonopols des UN-Sicherheitsrates geführt hat und der amerikanische „Quasi-Alleingang“ im Irakkrieg das Ansehen der UN und die Bedeutung ihrer Charta dauerhaft beschädigt hat.

Ermutigt durch den US-Krieg gegen den Terror scheint auch der russische Präsident Vladimir Putin im Zuge der ethnischen Konflikte im Süden Russlands, dem Demokratisierungsprozess gestoppt zu haben bzw. diesen umzukehren.

3.1.8.3 *Öl und Macht?*

Der Versuch die enge Verbindung und Einflussnahme der US-Verantwortlichen (*Key Players*) an amerikanischen Ölintereessen in den Regionen Mittlerer Osten und Russland/kaspische Region zu falsifizieren ist fehlgeschlagen.

Der deutliche Schwenk der Bush-Administration zu einer kaum verschleierte imperialen Außenpolitik, gekennzeichnet durch Unilateralismus und dem Streben nach Hegemonie in Räumen von geostrategischer Bedeutung, sowie der Hochrüstung mit den „Segnungen“, welche die Revolution in Military Affairs gebracht hat, nämlich die Beherrschung von Zeit und Raum mit

militärischen Mitteln höchster Effizienz, macht das bisher für unmöglich gehaltene Szenario einer Welthegemonie vorstellbar.

Eine Kritik am US-System aus europäischer Sicht ist aufgrund der großen Auffassungsunterschiede über den gesellschaftlichen Stellenwert von Reichtum/Macht und Bildung/sozialem Engagement, nicht angebracht. Fundierte Kritik am amerikanischen System kommt aber auch von amerikanischer Seite:

„Amerika, einst das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, steuert in eine gesellschaftliche Sackgasse.

Der europäische Weg ist weit besser geeignet, um die Herausforderungen einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt zu bestehen. Er stellt die Gemeinschaft über das Individuum, Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, globale Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung und nachhaltige Entwicklung über unbegrenztes materielles Wachstum“. (Rifkin 2004)

Grenzen setzen kann hier weniger die in ihren eigenen Interessen gefangene internationale Politik, als die nationale, mit ihrem System der *Checks and Balances*.

3.1.9 Literaturverzeichnis

3.1.9.1 Bücher

Achleitner Thomas, (2002), Die AMB-Politik der USA

Al-Nasrawi Abbas, (1995), The Economy of Iraq: Oil, Wars, Destruction of Development and Prospects 1950 – 2010

Aust Stefan/**Schnibben** Cordt, (2003), Irak. Geschichte eines modernen Krieges

Baumgartner Andreas, (1993), Zur Einschätzung von Propaganda: eine medienkritische Analyse der Rezeptionsgewohnheiten und der strukturellen Vorbedingungen ; Darstellung eines Phänomens anhand einer theoretischen und empirischen Untersuchung des Fallbeispiels "Kriegsberichterstattung" von Andreas Baumgartner , 1993 . - IX, 236 Bl., Diplomarbeit, Wien

Becker Albert Ulrich Jörg, (2002), Medien zwischen Krieg und Frieden, Baden-Baden

Bendel Petra [Hrsg.], (2002), Im Schatten des Terrorismus: Hintergründe, Strukturen, Konsequenzen des 11.Sept. 2001, Wiesbaden

Benkotic Kristina, (2002), Voraussetzungen für eine(n) Kriegsberichterstatter(in): Vergleich von vier qualitativen Interviews mit vier KriegsberichterstatterInnen aus dem englischsprachigen Raum / einger. von Kristina Benkotic , 2002 . - 164 Bl. – Diplomarbeit, Wien

Blix Hans, (2004), Mission Irak

Böttiger Helmut, (2003), Die Kriegspartei in der US-Regierung, wer sie ist, was sie denkt, was sie zusammenhält, Wiesbaden

Brisard, Jean-Charles und Guillaume Dasquié, (2002), Ben Laden: La Verité interdite, Paris

Büttner Christian/von Gottberg Joachim u.a, (2004), Der Krieg in den Medien

Chomsky Noam, (2003), Hegemony or Survival: America´s Quest for Global Dominance, New York

Coll Steve, (2004), Ghost Wars: The Secret History of the CIA, Afghanistan and Bin Laden, from the Soviet Invasion to September 10, 2001

Foggensteiner Alexander, (1993), Reporter im Krieg: was sie denken, was sie fühlen, wie sie arbeiten, Wien

Fröhder Christoph Maria, (2003), Ein Bild vom Krieg: Meine Tage in Bagdad, Hamburg

Gamauf Ursula Elisabeth, (2001), Medien als Friedensstifter: Friedensjournalismus versus Kriegsberichterstattung / eingereicht von Ursula Elisabeth Gamauf , 2001 . - 143 Bl., Diplomarbeit, Wien

Göbel Rüdiger/**Guillard** Joachim/**Schiffmann** Michael, (2004), Der Irak – Krieg, Besetzung, Widerstand, Köln

Huntington Samuel P., (1996), Clash of Civilizations – Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien

Jung Dietrich (Hg.), (2003), Shadow Globalization, Ethnic Conflicts and New Wars: A political Economy of Intra-State War, London

Kubbig Bernd, (2003), Brandherd Irak – US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt am Main

MacArthur John R, (1993), Die Schlacht der Lügen: wie die USA den Golfkrieg verkauften, München

Müller Harald, (2003), Supermacht in der Sackgasse? – Die Weltordnung nach dem 11. September, Bonn

Münkler Herfried, (2003), Der neue Golfkrieg, Frankfurt am Main

Münkler Herfried, (2002), Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg

Pelletiere Stephen, (2001), Iraq and the International Oilsystem: Why America went to War, Westport

Pilz Peter, (2003), Mit Gott gegen alle – Amerikas Kampf um die Weltherrschaft, Stuttgart/München

Posch Walter, (2002), Irak unter Saddam Hussein. - Das Ende einer Ära? Historischer Hintergrund, Akteure, Szenarien, Wien

Preuß Ulrich K., (2003), Krieg – Verbrechen – Blasphemie – Gedanken aus dem Alten Europa, Berlin

Rados Antonia, (2003), Live aus Bagdad: Das Tagebuch einer Kriegsreporterin, München

Rifkin Jeremy, (2004), Der Europäische Traum - Die Vision einer leisen Supermacht, Frankfurt

Scholl-Latour Peter, (2002), Kampf dem Terror – Kampf dem Islam?: Chronik eines unbegrenzten Krieges, München

Scholl-Latour Peter, (2004), Weltmacht im Treibsand – Bush gegen die Ayatollahs, München

Solomon Norman/**Reese** Erlich, (2003), Angriffsziel Irak – Wie die Medien uns den Krieg verkaufen, München

Stachowitsch Saskia Anna, (2003), The way of the west – die Bedeutung der Pionier-Ideale in der politischen Identität der US-AmerikanerInnen, Wien

Tilgner Ulrich, (2003), Der inszenierte Krieg: Täuschung und Wahrheit beim Sturz Saddam Husseins, Berlin

Todd Emmanuel, (2003), Weltmacht USA: Ein Nachruf, München

Woodward Bob, (2003), Bush at War – Amerika im Krieg, München

Woodward Bob, (2004), Plan of attack, New York

Wiener Robert, (1991), Live aus Bagdad: die Hintergrund-Story über die CNN Berichterstattung während des Golfkriegs, München

Zipfinger Karin, (2001), Journalismus im Golfkrieg: zwischen Zensur, Propaganda und Desinformation/ eingereicht von Karin Zipfinger , 2001 . - 131 Bl., Diplomarbeit, Wien

3.1.9.2 Zeitschriftenartikel

Antonaros Evangelos, (2004), Übergangsrat bittet die UNO zurückzukehren in: Die Welt, 19. März 2004

Haggani Husain, (2003), The American Mongols, in: Foreign Policy, May/June03, S.70-71

Kerry John, (2003), Addressing the democratic deficit, in: Foreign Policy, March/April03, S.56-58

Langguth, Gerd, (2004), Alte, neue Ressentiments - Habermas, die deutschen Intellektuellen und der Antiamerikanismus, in: Internationale Politik, Nr.2 Feb.04, S.67-77

Patten Chris, (2003), Democracy doesn't flow from the barrel of a gun, in: Foreign Policy, Sept./Oct.03, S.40-45

Pei Minxin, (2003), The Paradoxes of American Nationalism, in: Foreign Policy, May/June03, S.30-37

Reeb Hans-Joachim, (2002), Die Medien im „Krieg gegen den Terror“, in: Reader Sicherheitspolitik, Ergänzungslieferung 7/ 02

Smith Adam M., (2003), From Democracy to Conflict: The UN's search for peace and security, in:

Security Dialogue 3/2003, Seite 357-362

Tuchman Mathews, Jessica, (2003), From victory to success – Afterwar Policy in Iraq, in: Foreign Policy, July/Aug.03, S.49-73

Unbekannt, (??), Research Unit for Political Economy – Behind the Invasion of Iraq

Zizek Slavoj, (2004), Iraq's False Promises, in: Foreign Policy, Jan./Feb.04, S.42-49

3.1.9.3 Internetquellen

Tariq Ali, (2003), The UN has Capitulated, in: The Guardian (24 05 2003) – in deutscher Übersetzung von Noll Andrea im ZNet, abgerufen von der Internet-Homepage:

<http://www.unikassel.de/fb10/frieden/themen/UNO/ali.html>

(19 03 04)

Resolution des UN-Sicherheitsrates Nr. S/RES/1441 (2002), abgerufen von der Internet-Homepage:

[http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=S/RES/1441\(2002\)](http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=S/RES/1441(2002))

(21 08 04)

Resolution des UN-Sicherheitsrates Nr. S/RES/1511 (2003), abgerufen von der Internet-Homepage:

<http://www.unikassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/un-sr-res1511-dt.pdf> (19 03 04)

Wittrich Dietmar, (2003), Mehrheiten gegen die „neuen Kriege“ – Internationale Meinungsforschung zum Krieg im Irak – Studie, Berlin

Homepage der Vereinten Nationen, abgerufen von der Internet-Homepage: <http://www.un.org> (19 03 04)

Homepage der NATO, abgerufen von der Internet-Homepage: <http://www.nato.int> (19 03 04)

Homepage des International Committee of Red Cross, abgerufen von der Internet-Homepage: <http://www.icrc.org>

Homepage von Amnesty International, abgerufen von der Internet-Homepage:

<http://www.amnesty.org>

<http://www.wienerzeitung.at/linkmap/politik/irak/> - 19.03.04 (Verschiedenes zum Irakkrieg)

http://www.defenselink.mil/bios/depsecdef_bio.html - 19.03.04 (Biographie zu Paul Wolfowitz)

<http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/Laender/Aktuelle-Berichte/Irak/Irak-Anschlag-auf-IKRK-Statement.php> - 19.03.04 (Statement der ÄOG zum Irakkrieg)

<http://news.focus.msn.de/G/GP/GPF/GPFB/gpfb.htm> - 19.03.04 (Akteure im Irakkrieg)

http://evakreisky.at/2003-2004/staat-krieg/referat10_e.pdf - 19.03.04 (Referat über die Schiiten im Irak)

http://www.tagesschau.de/thema/0,1186,OID1651386_PTI1730208_ROI1730208_AMI,00.html - 19.03.04 (Akteure im Irakkrieg)

http://www.jourweb.com/index_A14.html - 19.03.04 (Journalistenpage zum Irak - viele Links)

http://evakreisky.at/2003-2004/staat-krieg/referat10_c.pdf - 19.03.04

<http://english.aljazeera.net/HomePage> - 19.03.04 (Homepage von Al Jazeera)

<http://www.un.org/english/> bzw. <http://www.un.org/documents/> - 19.03.04 (Homepage der UNO)

<http://www.nzz.ch/2003/11/21/em/page-article97CZY.html>, 22. März 2004

Zeitungsartikel der NZZ über Kriegsberichterstattung im Irakkrieg

<http://www.christian-liebig-stiftung.de/liebig/imkrieg/imkrieg.htm>, 22. März 2004

Homepage über die verstorbenen Journalisten im Irakkrieg

<http://www.nzz.ch/2003/03/24/al/page-article8R7SW.html>, 21. März 2004

Zeitungsartikel in der NZZ über Medien im Krieg, Möglichkeiten und Risiken

<http://www.faz.net/s/Rub21BA8320D8984917B11903DD6055D4F3/Doc~ED1E55B4BE4DD44FABB365AC4735A325A~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 21. März 2004

Interview mit CNN-Präsident Cramer in der FAZ

<http://www.faz.net/s/Rub76B8D5378E0E4970B36637AC8DAA545F/Doc~E6CAE1463DB4244148136D6FE41EEDEB6~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, 22. März 2004

Über die Kriegsberichterstattung im deutschen Fernsehen, Artikel der FAZ

<http://www.ifdt.de/0302/Artikel/reeb.htm>, 21. März 2004

Homepage und Kommentar zu den „Embedded Journalists“

<http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=106>, 19. März 2004

Ebenfalls ein Artikel zu den „Embedded Journalists“

<http://www.asne.org/index.cfm?ID=4610>, 19. März 2004

Auch hier ein Artikel über die Rolle der „Embedded Journalists“

<http://www.cnn.com>, 22. März 2004

<http://www.n-tv.de>, 22. März 2004

<http://ww.bbc.com>, 22. März 2004

<http://www.cnn.com/2001/US/09/20/gen.bush.transcript/>

The Truth about the US War against Afghanistan, http://www.iacenter.org/nowar_truth.htm, 22 08 2004

Homepage der OSZE (Mitgliedsstaaten)

http://www.osce.org/general/participating_states/, 22 07 2004

Homepage von American Civil Liberties Union unter

<http://www.aclu.org/Files/OpenFile.cfm?id=11812>, 05 08 04

http://en.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act, 20 08 2004

<http://www.usatoday.com/news/polls/tables/live/2004-02-25-patriot-act-poll.htm>, 20 08 2004

http://en.wikipedia.org/wiki/Domestic_Security_Enhancement_Act_of_2003, 20 08 2004

<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html>, 20 08 2004

http://en.wikipedia.org/wiki/United_States_Department_of_Homeland_Security

<http://www.dhs.gov/dhspublic/>, 18 08 2004

<http://coursesa.matrix.msu.edu/~hst306/documents/indust.html>, 25 08 2004

The Ex-Presidents Club

<http://www.guardian.co.uk/wtccrash/story/0,1300,583869,00.html>, 25 08 2004

<http://www.thecarlylegroup.com/eng/company/13-company735.html>

3.1.10 Annex und weiterführende Materialien

3.1.10.1 Transkription des Experteninterviews mit Dr. Peter Pilz

Transkript Interview mit Dr. Peter PILZ am 25. Mai 2004:

Unsere erste Frage handelt von den neuen Kriegen – in letzter Zeit ist der Begriff der neuen Kriege in aller Munde, und wir wollten fragen, wie Sie zu dem Begriff ansich stehen und was verstehen Sie darunter und hängt dieses Phänomen zwingend mit den USA zusammen – möglicherweise?

Es sind keine neuen Kriege. Es gibt technische Veränderungen und strategische Veränderungen, aber es gibt eine neue militärische Doktrin, das ist eher das Wichtige. Das ist die „National Security Strategy“ und die Vorstellung des Völkerrechts durch ein Recht des Stärkeren ersetzen zu können. – Das ist die wesentliche Neuerung. Diese Vorstellung, wirklich nach eigenem Gutdünken auf der ganzen Welt verfahren zu können, wie man will. Dazu werden die technischen Voraussetzungen geschaffen und dafür gibt es ganz bestimmte Motive, die nicht übermäßig neu sind.

Danke, gehen wir weiter zum Völkerrecht: Die US-Regierung hat den Irak ohne ein offizielles UN-Mandat angegriffen. Haben die Vereinigten Staaten also mit ihrer unilateralen Handlungsweise, die erstmals auch Angriffskriege wieder in Betracht zieht, das Völkerrecht nur geschädigt oder sogar nachhaltig verändert? Ist die Entwicklung des Völkerrechts also in hohem Maße von der Praxis abhängig? Wie sehen Sie das?

Natürlich ist das Völkerrecht in hohem Maße, aber in schwindendem Maße, immer noch relativ hoch, aber es wird immer weniger, ist es von der völkerrechtlichen Praxis abhängig, das stimmt schon. Das zweite ist, nach geltendem Völkerrecht sind die amerikanischen Interventionen schlicht und einfach illegal, und diese Praxis beinhaltet etliche Formen von Kriegsverbrechen. Also von Folterungen bis zur Einrichtung von fast KZ-ähnlichen Internierungslagern. Das Problem beim Völkerrecht ist ein anderes – also seit 1945 gibt es eine Übereinstimmung in den demokratischen Staaten, das Völkerrecht im Grunde zu achten. Die USA ist die erste große Ausnahme. Das zweite ist, dass sich das Völkerrecht zu einem Staatenrecht geändert hat – nämlich zu einem Recht, an dem die Menschenrechte an der Spitze stehen. Das heißt – das moderne Völkerrecht begründet erstmals das Recht, in Staaten zu intervenieren und deren Souveränität zu missachten, wenn es zur

Bekämpfung oder Verhinderung großer systematischer Verbrechen notwendig ist, zB: Verbrechen gegen die Menschlichkeit usw. und drittens, anstelle des völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts treten immer mehr die nationalen Verträge, Verfahren und Institutionen, wie der Strafgerichtshof, und da gibt es halt immer wieder die selben vier oder fünf Schurkenstaaten, die nicht mittun wollen, um bei der amerikanischen Terminologie zu bleiben, früher war das der Irak, es ist noch immer Libyen (Unterbrechung durch Telefonanruf) – das sind immer die selben Staaten die vom Verbot der Landminen über das Verbot der Exekution von Kindern, bis zur Einrichtung des internationalen Strafgerichtshofes alles blockieren. Ok, den Widerstand muss man überwinden, und das ist eine der Hauptaufgaben der Europäischen Union.

Dann haben wir als nächstes eine Frage, die auf unser Theoriegebilde unserer Arbeit, die wir geplant haben, abzielt und zwar geht es da um den Realisten Morgenthau, der sagt, dass die Staaten die einzig bedeutenden Akteure in den Internationalen Beziehungen sind. Wie würden Sie das beurteilen, vor allem wenn man bedenkt, dass die Vereinigten Staaten im Irakkonflikt ja zumindest dem Anschein nach tatsächlich der bedeutendste Akteur sind und die Handlungen der anderen Akteure determinieren?

Nein, es haben nicht die Nationalstaaten nach wie vor die Bedeutung, sondern die USA haben diese herausragende Bedeutung, das ist das eine – das zweite ist, die Europäische Union gewinnt an Bedeutung, und wenn es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gibt, wird Europa das Gegengewicht, hoffentlich in einer vernünftigen Art und Weise zu den USA, und das hat längst begonnen und drittens – jenseits der Nationalstaaten gibt es zwei neue Ebenen – das sind erstens die supranationalen Organisationen und die EU ist zum Teil so etwas – die Vereinten Nationen sind es in einer völlig anderen Hinsicht und zweitens so große zivile Organisationen, Bewegungen und bestimmte Formen der Öffentlichkeit. Und das merkt ja die amerikanische Regierung dass sie sich damit äußerst schwer tut.

Ist es denn so, dass die Internationalen Beziehungen grundsätzlich mehr durch Konflikte als durch Kooperation geprägt sind?

Das kann man nicht sagen.

Weil Morgenthau eben dieses pessimistisches Weltbild gehabt hat und das auch behauptet.

Also erstens ist ein Konflikt nichts Schreckliches. Ein zivil ausgetragener Konflikt ist etwas sehr Sinnvolles. Zweitens Kooperationen gibt es jede Menge. Also ich tue mir ein bisschen schwer mit dieser Frage.

Gehen wir vielleicht zur Rolle der EU. Die haben Sie eh schon angesprochen. Wie bewerten Sie denn die Rolle der EU im Irakkonflikt, und wie hätte sie aussehen können, oder wie sollte so etwas in Zukunft aussehen?

Erstens hat man gesehen, was es bedeutet, dass es noch keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gibt, das heißt es gibt keine europäische Position, es gibt keine europäischen Vertreter, es gibt gar nichts in Bagdad. Es gibt einzelne europäische Staaten und Regierungen, die eine sehr widersprüchliche Rolle im Irakkonflikt spielen. Das ist ja kein Geheimnis. Das zweite ist, die EU hätte eine gewaltige Chance gehabt, weil die meisten Vertreter im Regierungsrat in Bagdad gewartet haben auf eine europäische Initiative. Drittens eine reine Irakinitiative hätte nicht gereicht, weil der Irakkonflikt ohne eine Intervention in den Palästinakonflikt nicht lösbar ist. Das ist ein System aus voneinander abhängigen Konflikten, die nur verbunden gelöst werden können, und die ganze Region kann nur so, in einem verbundenen Versuch, stabilisiert werden. Schlüsselgeschichte ist die Palästina Geschichte, nicht die Irakgeschichte. Zweitens – die völlig destabilisierten Staaten sind der Irak und Saudi Arabien. Drittens die Frage Kurdistan steht so oder so zur Lösung an, und da gibt es positive Ansätze im Irak, in der Türkei, weniger im Iran. Viertens es gibt zwei relativ stabile Staaten, deren sehr unterschiedliche positive Entwicklungen man unterstützen muss, das ist die Türkei und Syrien. Und dann gibt es noch eine Reihe von Nebenfragen. Diese punktuellen Interventionen, also rein um den Irak als eine der letzten beiden großen Erdölbasen zu sichern, und dann schaut, dass man das irgendwie militärisch absichert, ist ein hoffnungsloses Unternehmen. Also das war bereits vor einem Jahr klar, dass der Versuch der USA den Irak zu kontrollieren, chancenlos ist. Und meine große Hoffnung ist, dass dieses Bush-Regime an diesem Konflikt zu Grunde geht.

Was hätte die EU tun können? Ich habe ja von dieser vernetzten und von diesem vernetzten Lösungsansatz gesprochen, das heißt, wir brauchen so etwas wie eine europäische Friedensinitiative für den gesamten nahen Osten, und dazu brauchen wir auch die Türkei, und das ist auch ein Teil der Antwort auf die Beziehungen zu der Türkei. Die wird für uns da eine Schlüsselrolle spielen. Das heißt, es müsste und sollte kurzfristig, aber das wird sehr schwer, von der EU aus ein paar aufeinander abgestimmte Initiativen geben. Erstens, eine Initiative, Druck auf die Regierung

Scharon zur Lösung des Palästina-Konfliktes, bis hin zur Drohung mit Sanktionen. Die EU muss bereit sein, gegenüber Israel auch mit Sanktionen zu drohen. Das ist unser gutes Recht und das hat sich die Regierung Scharon redlich verdient. Das Zweite ist, eine offene Vorgangsweise gegenüber der Türkei, das Dritte ist Schutz und Garantie für die kurdischen Interessen in allen drei, eigentlich vier Staaten. Das Letzte sind Vorschläge Irak, nur das Problem ist Irak selbst, gibt es nur noch eine Restchance, wenn man dem Regierungsrat ein hohes Maß an Vollmachten überträgt und die Amerikaner eigentlich mit dem Rückzug beginnen. Ohne amerikanischen Rückzug geht gar nichts. Solange die Amerikaner dort sind, gibt es Krieg – und zwar einen Krieg, den die USA verlieren, und das ist ganz wichtig, dass die EU da nicht einmal einen Millimeter den Amerikanern entgegen kommt. Wenn sie einen hohen politischen und menschlichen Preis zahlen wollen, so wird die Regierung Bush das verantworten müssen und nochmal, ich hoffe, dass sie daran zu Grunde geht, möglichst schnell.

Dann kommen wir zur Rolle der UNO. Wie gut, glauben Sie, hat sich denn die UNO ihrer Meinung nach im Irakkonflikt positioniert? Hat sie denn all ihre zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Mittel ausgeschöpft? Wie ist es mit der Nichtlegitimierung? Die UNO hat ja den Irakkonflikt nicht durch eine Resolution legitimiert, und ist das jetzt ein Imageschaden für die USA, oder wie sehen Sie das?

Ja, der Konflikt war völkerrechtlich nicht legitimiert. Die UNO hatte fast keine Möglichkeiten, mehr zu tun, als das, was sie getan hat. Das was einzelne Vertreter der UNO, speziell in Bezug auf Massenvernichtungswaffen getan haben oder erklärt haben, war durchaus vernünftig. Gegen die USA lässt sich die UNO derzeit nicht einsetzen über ihre kommentierende Rolle hinaus. Nur wichtig ist, dass die UNO jetzt Haltung bewahrt und nicht auf Anpfeiff der USA gleich losmarschiert. Das ist momentan kein Einsatzgebiet für die Vereinten Nationen, sondern jetzt wäre es wichtig, dass die UNO den USA Bedingungen stellt und sagt OK, unter bestimmten Voraussetzungen, aber nur wenn..., und das heißt amerikanischer Rückzug, Abtreten der Macht an eine zivile Verwaltung und ein bestimmtes UN-Mandat, dem sich die USA unterordnen. Über das könnte die UNO wahrscheinlich verhandeln, ich hoffe sie tut es.

Dann kommen wir zu einem ihrer Lieblingsthemen – es geht ums Öl. Herfried Münkler hat in seinem Buch „Der neue Golfkrieg“ gemeint, dass es sich vermutlich nicht rentieren würde, wenn man jetzt wegen dem Öl Krieg führt, weil die Kosten des Krieges nicht durch die Einnahmen und den wirtschaftlichen Nutzen, der dafür für die USA entsteht, kompensiert wird. Wie sehen Sie das?

Das kann man nicht so rechnen. Da geht es um etwas vollkommen anderes. Also Kriege finden nicht nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung statt. Wer glaubt, dass Kriege von Buchhaltern vorbereitet werden, der versteht nichts von Krieg. Der Punkt ist ein anderer. In den USA gibt es so etwas wie den fossilen Block und einen nichtfossilen Block – die unterschiedliche politische Konzepte vertreten. Und für die amerikanische Erdölindustrie, Petrochemie, Fahrzeugindustrie, Teile des Maschinenbaus und große Teile der traditionellen Rüstungsindustrie geht es ums Überleben. Das ist ein Konkurrenzkampf verschiedener Industrietyten untereinander. Und die Bush-Regierung ist halt eine Regierung des fossilen Blocks und versucht wahrscheinlich zum letzten Mal, militärisch das zu sichern, was im wirtschaftlichen Wettbewerb nicht mehr gesichert werden kann. Die Kosten spielen dafür keine Rolle, weil die Kalkulation dieses fossilen Blocks ist, dass die gesamte amerikanische Gesellschaft und andere Staaten mitzahlen für die Kriege des fossilen Blocks, für die ist das eine Gewinnrechnung. Die anderen müssen dafür zahlen zum Großteil. Sie sind eher die, die profitieren. Halli Burton finanziert ja nicht den Krieg, sondern profitiert vom so genannten Wiederaufbau, aber einem großen Softwarekonzern etwa, ist es erstens vollkommen egal, ob der Saddam Hussein oder ein amerikanischer Militärverwalter in Bagdad sitzen, weil die verkaufen beiden Computer und beiden die Software, nur die große Softwarefirma weiß, dass sie mehr Steuern zahlt oder weniger von der amerikanischen Regierung Geld kriegt, wenn das Geld für den Krieg verpulvert wird. Für die einen rechnet's sich, die anderen zahlen. Das wissen alle Beteiligten. Das heißt für diesen fossilen Block wird es nicht nur wirtschaftlich enger, sondern jetzt auch politisch. Das wird wahrscheinlich so die Geschichte hinter den Kulissen des kommenden Präsidentschaftswahlkampfes werden, nur haben die Demokraten keine wirklich überzeugende Alternative, aber das ist eine andere Geschichte.

Ist es vielleicht möglich, dass die Handlungsweise der Bush-Administration im Irak eigentlich das persönliche Motive waren? – Also von Bush, Cheney und co?

Natürlich spielen persönliche wirtschaftliche Motive eine riesengroße Rolle. Das ist auch eine amerikanische Tradition und im Gegensatz zur europäischen, dass Politiker und bestimmte Gruppen innerhalb der Parteien bestimmten Firmen zuzurechnen sind. Die Abhängigkeit der amerikanischen Politik von Teilen der Wirtschaft und von Firmen ist viel größer, als das in Europa der Fall ist. Wir haben eine höhere Autonomie der politischen Sphäre, diese Autonomie gibt es in den USA fast nicht. Das ist auch der Grund, warum in den USA die Politik in höherem Maß Außenpolitik ist, weil es fast keinen Spielraum gibt für Innenpolitik. Die können keine Gesundheitspolitik machen, keine

Sozialversicherungspolitik, fast keine Bildungspolitik, gar nichts, weil das von anderen diktiert wird. Es gibt dafür fast keinen Spielraum, egal ob das Demokraten oder Republikaner sind, deswegen ist der große Unterschied immer die Außenpolitik. Die Präsidenten, auch wenn sie von ganz wo anders kommen, verbringen ihre Zeit hauptsächlich mit Außenpolitik – 80 – 90 Prozent. Das ist ja nicht, weil sich der Bush so für Außenpolitik interessiert, der kann bis jetzt höchstens 20 Staaten der Welt fehlerfrei aufzählen, aber es bleibt ihm gar nichts anderes übrig.

Danke für das Interview.

3.1.10.2 Zusammenfassung des Vortrags von Michael Mann

Datum: 12. Mai 2004

Ort: Festsaal, Diplomatische Akademie; Wien

Der Vortrag von Michael MANN wurde durch ein sehr politisches Statement von Dr. Alfred GUSENBAUER eingeleitet:

Er spricht von einem „Neuen Mythos“ – Terrorismus – und stellt folgende Fragen an Michael Mann:

- Was war der wahre Grund für den Krieg gegen den Irak?
- Findet durch den Irakkrieg eine Wiederbelebung einer neokonservativen Hegemonialpolitik der USA statt – eine neue „Pax Americana“?
- Ist die Diskussion in der amerikanischen Bevölkerung so weit wie die hierorts?
- Sind alle Mittel legitim, um das Ziel zu erreichen?
- Ist der Irak heute liberaler und demokratischer als davor?
- Wie viele Menschen hätten sich eine friedliche Lösung im Nahostkonflikt (Irak) gewünscht?

- Überwindung der vorherrschenden Form der Hegemonialpolitik der USA

Vortrag von Michael MANN:

Michael MANN ist Professor für Soziologie an der University of California, Los Angeles, lehrte in Yale, Cambridge und an der London School of Economics und er ist Doppelstaatsbürger der USA und Großbritannien. In seinem Vortrag vertritt er eine demokratische Position.

Die USA haben sich früher nur auf Geheiß der betroffenen Staaten militärisch eingemischt („*splendid isolation*“). Man kann ein Weltimperium nämlich nicht ausschließlich durch militärische Macht errichten und erhalten.

Mann führt zwei Gründe an, warum die neue Strategie der USA auf ein zeitlich begrenztes Machtgefüge abzielt:

Es sei dies nicht mehr das Alter der Weltreiche, sondern, nach dem Fall der UdSSR, dem letzten Weltreich, ist das Zeitalter der Nationalstaaten angebrochen. Nach Mann gilt das Konzept der Nationalstaaten ausschließlich für Europa, wo sie sich historisch entwickelt haben.

Vier Typen der Macht werden durch die Gesellschaft implementiert:

Ideologische Macht

Wirtschaftliche Macht

Militärische Macht

Politische Macht

Wirtschaftliche Macht (Economic Power):

Die größte Wirtschaftsmacht trotz gewisser Rückgänge in der letzten Zeit ist die USA (vgl. auch Stabilität des Dollars über Jahrzehnte).

Der Wiederaufbau des Iraks als „*imperialistisches Unterfangen*“ kostet ca. 20 Mrd. Dollar jährlich.

Militärische Macht (Military Power):

Die USA ist die einzige verbliebene Supermacht.

Eine einzigartige Waffenkombination unterstützt die militärische Macht der USA (→ lasergelenkte Raketen – treffen den Feind, bevor der Feind überhaupt Sichtkontakt hat – (Revolution in Military Affairs))

40% aller Gelder der Welt wird für Waffen ausgegeben.

Das Problem ist nicht die Einnahme eines Landes (der Angriff), sondern dessen Befriedung (das Halten des eroberten Gebietes)

→ 2 ½-mal soviel Truppen sind für die Befriedung erforderlich, als davor für den Angriff notwendig waren.

Wie viele Länder haben Kriege gegen Guerillas geführt und waren erfolgreich? (seit 1944)

→ minimalistisch gering (vgl. Somalia, Eritrea, Äthiopien...)

Politische Macht (Political Power):

Befriedung erfolgte in der Vergangenheit hauptsächlich durch örtliche Oppositionskräfte in den angegriffenen Ländern oder durch das Auspielen der Einheimischen nach dem Prinzip „*divide et impera*“ (=Teile und herrsche) – nicht aber durch imperiale Truppen. (zB: Indien)

Invasion des Iraks: → relativ UNILATERALE Angriffsführung – ohne UNO oder EU

Die Europäer haben nicht die notwendige militärische Macht (einseitige Kriegsführung).

Aber KEINE Verbündeten für die USA im Irak, ausgenommen die Kurden im Nordirak– nur entwurzelte Exilanten → zum ersten Mal hat ein Imperium ohne Verbündete im angegriffen Land einen Krieg geführt.

Ideologische Macht (Ideological Power):

Die Iraker sind eine heterogene Bevölkerung (Kurden, Sunniten, Schiiten, Stämme, Clans, usw.), weshalb eine Strategie des Teilens und Herrschens angemessen wäre („*divide and rule*“);

stattdessen verfolgen die USA nach M. Mann eine naive Ideologie, die sich auf die „*Beglückung durch Demokratie*“ verlässt.

Die Iraker misstrauen den USA stärker, als den eigenen Volksgruppen. Trotz überlegener Feuerkraft gestaltet sich der Prozess der Besetzung als äußerst schwierig

→ keine politische Macht (keine Relevanz für Kleingruppen)

Opfer bis dato:

Ca. 11.000 irakische Zivilisten

7000 irakische Soldaten

Waffen der Massenkommunikation:

Die sind unter anderem Al Jazeera, Internet, Zeitschriften ..., durch die die Iraker und die arabische Welt über Handlungen der US-Truppen ohne Zeitverzug informiert werden.

Als Beispiele wurden angeführt: Guantanamo, der israelisch-palästinensische Konflikt, die Folterbilder, die Internierung von Moslems in den USA bei Visa-Irregularitäten.

Mögliche Kriegsmotive:

Krieg gegen den Fundamentalismus und die moslemische Kultur

→ Öl

→ Zukunft für Öl (China)

→ Israel

→ Massenvernichtungswaffen

→ Terrorismus

→ Demokratie aufbauen in diesen Ländern

Exkurs: momentane Foldersituation:

Als Konsequenz zu 9/11 wird Terroristen eine den Menschenrechten entsprechende Behandlung durch die US-Regierung verweigert (vgl. Guantanamo Bay).

Psychische Folter ist nach Ansicht der CIA wesentlich effektiver, als körperliche! Allerdings könne auch auf körperliche Folter in Einzelfällen nicht verzichtet werden, um den Druck aufrecht zu erhalten.

Die Fotos über Folter zeigen eine Art der psychologischen Kriegsführung, die eine Systematik

aufweist → Enthumanisierung des Feindes zum Zweck der Einschüchterung.

Viele US-Bürger gehen davon aus, dass Saddam HUSSEIN hinter den Anschlägen des 11.9.2001 steht.

Nach Einschätzung von M. MANN wird sich die derzeitige Situation weiter verschlimmern.

→ Bin Laden hat Recht mit der Frage: Wie viele Soldatenopfer könnt ihr euch leisten?

Begriff des Terrorismus nach M. MANN:

Terrorismus definiert er durch Anschläge auf Zivilisten und unterscheidet dabei zwischen nationalem (Hamas, Hisbollah) und internationalem Terrorismus (al Qaida).

Der Krieg gegen den internationalen Terrorismus kann gewonnen werden, weil:

Mehr als 80 Regierungen gegen die Al Qaida vorgehen

Die Terroristen Exilanten und Migranten auf der Flucht sind (i. Ggs. zu nationalen Terroristen).

Die USA bereits 40% aller wichtigen Führer bereits verhaftet haben.

Probleme:

Die jüngsten Entwicklungen (Foltervorwürfe) erleichtern die Rekrutierung von jungen Männern unter 25 Jahren !!

Triadenbildung: Hisbollah, Hamaz und Al Qaida

Attacken auf nationale Terroristen schaffen mehr Schäden, als Gutes → dadurch werden mehr Terroristen produziert.

Mann beschließt seinen Vortrag mit einem Vergleich zwischen den USA und Europa: Die USA vertreten eine Hobbes'sche Philosophie, sind dem Planeten Mars gleichzusetzen und

handlungsgeleitet. Europa hingegen sei kantianisch, der Venus vergleichbar und verhandlungsgeleitet. Aus seiner Sicht wäre eine Modifikation auf beiden Seiten angebracht.

Fazit & Bezug zur eigenen Arbeit

Unserer Ansicht nach war Michael MANNs Vortrag sehr diplomatisch, in alle Richtungen ausgleichend und moderat angelegt. Mit keinem Wort kritisierte er die amerikanische Truppenpräsenz im Irak und deren laut Völkerrecht fehlende Legitimität.

Ungeachtet dessen lieferte er in seinem Vortrag wichtige Ansatzpunkte, welche für die Aufbereitung der Akteursbeziehungen, besonders auf die USA gerichtet notwendig sind. Hervorzuheben sind dabei seine Unterteilung in die 4 Machtbereiche zur Analyse des Konflikts, sein Beitrag zur Begriffsdefinition von Nationalstaat und Weltreich sowie der Bedeutung von Schaffung von Allianzen. MANN verdeutlichte, dass Europa einen großen Wirtschaftsraum darstellt, die USA jedoch eine Wirtschaftsmacht sind. Europa sei ein wirtschaftlicher Riese, ein politischer Zwerg und ein militärischer Wurm.

Abschließend ist anzumerken, dass der Vortrag von Michael MANN und seine Ausführungen den überparteilichen Charakter der Realismustheorie nach H. Morgenthau bestätigen.

3.1.10.3 Zeit-/Arbeitsdiagramm

Zeitleiste 2004

für FoP/SE: Kriege im 21. Jahrhundert, SS 2004, Univ.-Prof. Dr. E.

KREISKY

Thema: Die bestimmende Rolle der USA im Irakkrieg

März 2004	April 2004
Literaturrecherche	Theoriediskussion und Methodenabgrenzung
Mind Mapping	Theoriefindung
Themenabgrenzung	Erstellen von Arbeitsdefinitionen
	Erstellen des Forschungskonzeptes
Mai 2004	Juni – September 2004

Konkretes Ausarbeiten von Kapitelbeiträgen der jeweiligen Gruppenmitglieder	Zusammenführen der einzelnen Kapitel zur Seminarabschlussarbeit (Beitrag zum Forschungsbericht)
Weiterführende Literaturrecherche	

ERROR: rangecheck
OFFENDING COMMAND: pdfmark

STACK:

/ANN
-dictionary-
/Action
/Link
/Subtype
[0 0 0]
/Border
52
/SrcPg
[57 422 375 444]
/Rect
-mark-